Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74. Mittwoch, den 28. März 1917. 24. Jahrg.

Die Kohlensteuer kommt.

Von Wilhelm Keil.

Die erste Beratung der Kohlensteuervorlage im Hauptausschuß des Reichstages hat sich ziemlich lange hingezogen. Das kam daher, daß das Zentrum wieder einmal in seine bekannte Gewohnheit zurückfiel, sich zunächst ein wenig spröde zu zeigen, um sich im weiteren Verlauf der Beratung umwerben zu lassen und schließlich, wenn seine Wünsche erzielt sind, mit Inbrunst der Regierung an die Brust zu sinken.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen in der Presse die bestimmte Ankündigung der demnächstigen Aufhebung des Jesuitengesetzes zu lesen war. Diese Ankündigung lag noch nicht vor, als der Abgeordnete Erzberger mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit dem Ausschuß auseinandersetzte, daß es geradezu unsinnig sei, mit der Kohlensteuer das Gleichgewicht im Etat für 1917 herbeiführen zu wollen. Denn die Steuer bringe dem Reich ja gar keine Einnahmen. Zu einem erheblichen Teil sei das Reich selbst Kohlenverbraucher und müsse mit der linken Hand wieder geben, was es mit der rechten nahm; zu einem anderen Teil werde die Kohle von den Kriegslieferanten verbraucht, die sich durch Preisaufschläge, die höher sein würden als die Steuer, schadlos halten würden. Schließlich werde das Reich während des Krieges infolge der Kohlensteuer größere Ausgaben als seine Einnahmen haben.

So der Wortführer des Zentrums bei Beginn der Ausschußberatungen. Es waren seitdem noch keine acht Tage verstrichen, als derselbe Abgeordnete Erzberger seinen Antrag, die Kohlensteuer schon am 1. August d. J. in Kraft treten zu lassen, damit begründete, das Reich brauche Geld und man solle es ihm so rasch als möglich zuführen.

In der Zwischenzeit hatte sich das Zentrum ein kleines Manöver gestattet mit dem Antrag, von der Regierung Material über die Preisbildung der Kohle im Kleinverkauf zu verlangen. Von diesem Material wollte das Zentrum seine Entscheidung über die Kohlensteuer abhängig machen. Die Regierung entsprach dem Verlangen. Sie bediente sich dabei eines Fachmannes, der ihr vom Abgeordneten Erzberger empfohlen worden war. Das Material fiel jedoch so dürftig aus, daß Erzberger selbst sich darüber lustig machte. Mit vollem Recht, denn die von der Regierung vorgelegten Zahlenzusammenstellungen bewiesen nicht mehr und nicht weniger, als daß der Groß- und der Kleinhandel trotz der ungeheuerlich gestiegenen Kleinverkaufspreise einen lächerlich bescheidenen Gewinn erzielt!! Dem Zentrum aber genügte dieses Material, um seine „schweren Bedenken" gegen die Kohlensteuer zu überwinden. Des Rätsels Lösung ergibt sich daraus, daß in der Zwischenzeit die feste Zusage gegeben worden ist, das Jesuitengesetz aufzuheben. Das deutsche Volk muß also die Zulassung der Jesuiten ins Gebiet des Deutschen Reichs mit 500 Millionen Mk. Kohlensteuer bezahlen.

Nach der Regierungsvorlage sollte die Steuer 20 Prozent des Wertes der Kohle, berechnet nach dem Preis ab Grube, betragen. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen hat diese grundlegende Bestimmung Annahme gefunden. Die große Verbitterung, die sich aus dieser Mehrbelastung der ohnehin unter der Last der Kriegsteuerung seufzenden Volksmassen ergeben wird, suchte man möglichst zu mildern durch Vorschriften zum Schutze des sogenannten Hausbrandes. Selbstverständlich waren auch die Vertreter unserer Fraktion bemüht, die minderbemittelten Kohlenverbraucher gegen die Kohlensteuer zu schützen. Sie wollten den Zechen die gesetzliche Verpflichtung auferlegen, direkt zu Zechenpreisen an Gemeinden und Genossenschaften für Hausbrandzwecke Kohle zu liefern. Die Gemeinden sollten verpflichtet werden, Vorkehrungen zu treffen, daß den Minderbemittelten die Kohle ohne Steueraufschlag geliefert werde. Das Reich sollte in diesen Fällen den Gemeinden die Steuer ersetzen.

Ein Antrag Erzberger machte sich einige Gedanken dieser Vorschläge zu eigen, indem er vorschrieb, daß für Kohle, die den Gemeinden auf Verlangen für Hausbrandzwecke von den Zechen geliefert werde, die Steuer „nur" 15 Prozent betragen soll. Von unserer Seite wurde dazu erklärt, daß der Antrag nur dann einen praktischen Zweck habe, wenn den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, die Minderbemittelten mit Hausbrandkohle zu versorgen. Der Antrag Erzberger hat zunächst Annahme gefunden unter der Voraussetzung, daß er eine Grundlage zur Ausschaltung der enormen Handelsprofite bilden könne, mit denen heute der Kohlenverbrauch belastet ist. Kaum aber war dieser Beschluß gefaßt, da lag auch schon ein energischer telegraphischer Einspruch des Kohlensyndikats vor, das erklärt, die Durchführung der direkten Lieferung an die Gemeinden sei praktisch unmöglich.

Wenn man weiß, wie sehr die Zechengesellschaften mit dem Kohlenhandel verippt sind, wundert man sich nicht darüber, daß das Syndikat seine schützende Hand über den Handel hält. Sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Gemeinden sich entschieden wehren werden gegen die Aufgabe, die ihnen zugedacht ist. Nachdem die Reichsleitung bei ihren Steuervorschlägen entschiedenes Gewicht darauf gelegt hat, jede stärkere Anspannung des Beamtenapparates während des Krieges möglichst zu vermeiden, kann man es verstehen, daß die mit der Kriegsfürsorge sehr stark in Anspruch genommenen Gemeinden sich nicht eine große neue Aufgabe zuweisen lassen wollen.

Es ist daher noch sehr zweifelhaft, ob überhaupt die Verschonung des Hausbrandes der Minderbemittelten von der Kohlensteuer erreicht wird. Natürlich würde auch die vollste Steuerfreiheit des Hausbrandes an unserer grundsätzlichen Stellung zur Kohlensteuer nichts ändern. Die Kohlensteuer belastet die gesamte Warenproduktion in sehr empfindlicher Weise. Sie wird zur weiteren Steigerung der Preise aller Bedarfsgegenstände stark beitragen. Nach dem Friedensschluß wird sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte beeinträchtigen. England, der stärkste Rivale Deutschlands, schafft während des Krieges nicht neue Produktions-, sondern Besitzsteuern. Deutschland verfährt umgekehrt. **Wenn die Sozialdemokratie diese Politik nicht mitmacht, so dient sie im wahrsten Sinne den Interessen des deutschen Volkes.**

Die Vorgänge in Rußland.

Direkte Meldungen der Petersburger Telegraphen-Agentur liegen auch heute nicht vor. Das bestärkt uns in unserer Auffassung, daß es in Rußland doch nicht so gut bestellt ist, wie man aus Londoner Meldungen herausliest. Vielleicht gibt folgende Stockholmer Meldung ein zutreffendes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen: Die Arbeit in den meisten Petersburger Fabriken ruht. Fortwährend kommt es dabei zu Ausschreitungen gegen die Fabrikleitungen. In den Putilow-Werken sind die Zustände gänzlich chaotisch, sämtliche Fabriken sind seit dem 5. März geschlossen, angeblich wegen Lohnforderungen der Arbeiter. Die Arbeiter begeben sich trotzdem zur Fabrik und halten Versammlungen ab, wo als Ursachen des Streiks die provokatorische Haltung der Regierung bezeichnet wird, die unnötigerweise den Krieg fortsetze. Nach Erklärung der neuen Ordnung versammelten sich die streikenden Arbeiter täglich und beschlossen, sämtliche Direktoren als Gefangene nach der Duma zu führen; der Transport war von einer riesigen Volksmenge begleitet. Die Direktoren wurden in der brutalsten Weise mißhandelt, sodaß sie schon in der Nähe des Baltischen Bahnhofes starben. Die Frage der Nachfolge in der Leitung der Werke wird als äußerst schwierig angesehen. In die peinlichste Lage geriet die Regierung infolge des Streiks in der Notendruckerei der Reichsbank. Der Finanzminister begab sich persönlich in die Arbeiterversammlung, begrüßte die Arbeiter und bat um Aufnahme der Arbeit, da infolge des Streiks die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank und des ganzen Geschäftswesens gefährdet sei. Die Rede des Ministers blieb eindruckslos. Nach der „Russkoje Wolja" durchziehen noch immer den ganzen Tag Züge von Zehntausenden von Arbeitern die Straßen mit riesigen Schildern: „Es lebe die demokratische Republik! Freiheit! Frieden und Arbeit!"

Bestätigt wird diese Meldung durch eine Nachricht des Amsterdamer „Telegraaf" aus Petersburg, nach welcher nach langen Beratung zwischen dem Kriegsminister und dem General Kornilow beschlossen wurde, daß letzterer persönlich die Versammlungen des Ausschusses der Arbeiter und Soldatenabgeordneten besuchen und den Abgeordneten klar machen müsse, daß sie **zwischen der Fortsetzung des Krieges und der Unterwerfung unter Deutschland zu wählen haben und daß der Krieg unmöglich ist, wenn sie mit der jetzigen Agitation unter den Soldaten fortfahren und das Volk auffordern, nicht auf die Kriegsanleihe zu zeichnen.**

Aus diesen beiden Nachrichten erhellt der Ernst der Situation für die neue Regierung. Was nützt es ihr, daß die Großfürsten ihr huldigen und sie anerkennen, wenn die breiten Massen und die Truppen nicht mitmachen wollen.

In der letzten Sitzung des Ausschusses der Arbeiter und Soldaten erklärte der Arbeiterführer Skobelew, daß die russische Arbeiterschaft gegen eine Welt voll Widerstände nach jahrelangen Vorbereitungen einen Sieg errungen habe, der noch lange nicht vor dem Abschluß stehe. Skobelew geißelte darauf die Tätigkeit gewisser Diplomaten in Petersburg, die unter der Maske der Freundschaft sich in das Vertrauen der Arbeiter einzuschleichen versuchten und dann das Vertrauen der Freiheitsfreunde dadurch mißbrauchten, daß sie die Pläne den Knechten des Absolutismus verrieten. So hätte der englische Botschafter kurz vor Ausbruch der folgenschweren Ereignisse beinahe alle mühsamen Vorbereitungen der Volksvertreter zunichte gemacht, indem er mit Hilfe der englischen Delegierten (Lord Milner) eine angebliche Versöhnungsaktion zwischen Zar und Volk einleiten wollte, die im günstigsten Falle der Bourgeoisie einige politische Erleichterungen gebracht hätte, während das Volk leer ausgegangen wäre. Nur daß die Verbohrtheit der früheren Machthaber größer war, als die Geschäftstüchtigkeit des britischen Botschafters, verhütete die tatsächlich volksfeindlichen „Reformen" in der Verwaltung. Das russische Volk müsse sich vor derartigen „Freunden" mindestens ebenso in acht nehmen, wie von den „Agents provocateurs" des alten Regimes.

In derselben Sitzung erklärte Skobelew, daß er zuverlässige Nachrichten aus Kronstadt und Reval sowie aus Sebastopol besitze, nach denen dort eine starke Bewegung im Gange ist, die im „aktiven" Wege die Herstellung der Republik beabsichtige. Die gesamte russische Marine sei republikanisch gesinnt.

Justizminister Kerenski erklärte einem Petersburger Mitarbeiter des „Petit Parisien", daß die Regimenter, die nach Petersburg gekommen waren, um an der Revolution teilzunehmen, in ihre Garnisonen zurückgesandt werden unter der Bedingung, daß diese Truppen ihre Offiziere und außerdem Komitees wählen, die mit dem Zentralkomitee in Fühlung bleiben sollen. Frauen sollen an den Wahlen nicht teilnehmen, da solche Reformen unter den augenblicklichen schwierigen Umständen nicht durchgeführt werden können.

Ueber den Verlauf der Revolution in Estland erfährt der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung": Die Unruhen in Reval begannen am 11. ds. Mts. mit großen Arbeiterversammlungen und Streiks in sämtlichen Werkstätten. Eine Anzahl Gebäude wurden gestürmt, das Gouvernements- und Polizeigebäude wurde zerstört, die Akten auf der Straße verbrannt. Am 15. gelang es der zusammengerafften Bürgermiliz, die Ordnung in den Straßen einigermaßen wiederherzustellen. Am Freitag trafen zwei Dumamitglieder ein, diese versprachen, daß die Polizei an die Front geschickt und der gesamte **Grundbesitz des Kaiserhauses, des Staates und der Kirche unter der Bevölkerung verteilt werden solle.** An der Front waren die von Kameraden aus Kronstadt und Sweaborg erhaltenen drahtlosen Nachrichten von dem Ausbruch der Revolution in Petersburg das **Zeichen zu Gewalttaten gegen die Offiziere.** Der Kommandant der Festung wurde am Kopfe verwundet. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Nach der „Russkija Wolja" erfolgt die **Ueberführung der bisherigen Zarenfamilie nach England,** sobald die erkrankten Kinder wiederhergestellt sind, unter der persönlichen Aufsicht des Justizministers. Die Zarenfamilie soll mit der Murman-Bahn bis zur Hafenstadt Romanow und von dort unter Begleitung englischer und russischer Kriegsschiffe nach Duncan gebracht werden.

Vom Tage.

In dem von den Deutschen geräumten Gelände kommen die Engländer und Franzosen nur im langsamsten Tempo vorwärts. Hinter ihnen, wie vor ihnen, häufen sich die Schwierigkeiten. Geschütze und schwere Bagagewagen bleiben stecken und halten dadurch ganze Kolonnen auf, die langsam im Morast versinken und nur durch unerhörte Anstrengungen wieder flottgemacht werden können. Die Truppen, die nirgends Unterkunft finden, warfen sich abends trotz der Nässe und Kälte erschöpft zum Schlaf auf den morastigen Grund. Nach Aussagen von Gefangenen ist die Stimmung der Leute, die hofften endlich aus dem Schlamm der Somme-Stellung herauszukommen, verzweifelt. An der Front aber macht sich der deutsche Widerstand immer stärker geltend. Dabei sind diese Nachhuten jedoch nie zu fassen. Nachdem sie den Engländern bei Lagnicourt und Noiel verlustreichen Aufenthalt bereitet hatten und sie aus beiden Dörfern mehrmals wieder herausgeworfen hatten, gaben sie nach, sobald starke Kräfte nach ausgiebiger Artillerievorbereitung mit Unterstützung von einer Anzahl Panzerkraftwagen zum Angriff vorgingen. Südlich der Somme ist die Lage unverändert, da die Franzosen seit dem deutschen Gegenstoß bei Serauvcourt am 26. März sich nicht weiter vorwagten. Hier gemachte Gefangene, deren Zahl sich auf 120 erhöhte, sagten aus, daß das Angriffsziel am 25. März erheblich weiter gesteckt war, als es bis heute erreicht ist.

An der Ostfront herrscht Tauwetter. Die Sicht klärte sich etwas auf und infolge vielfacher Vorstöße der Russen war die Kampftätigkeit lebhafter als bisher, jedoch scheiterten die Angriffe gegen die am 8. März von den Verbündeten eroberte Magyares-Stellung, wo nach viertägiger Artillerievorbereitung drei angreifende russische Bataillone schwerste Verluste erlitten.

litten, ebenso, wie der Sturm bei Brzezany und Vorstöße nördlich Zloczow-Tarnopol und westlich Luck. Dagegen gelang, wie gemeldet, der deutsche Vorstoß an der Schtschara, der nicht unerhebliche Beute an Gefangenen, Maschinengewehren und Minenwerfern einbrachte.

*

In Basel und anderen Städten der Schweiz kursierten am Montag hartnäckig Gerüchte von einer in Italien ausgebrochenen Revolution. Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß wir dieses Gerücht bis zum Eintreffen zuverlässiger Nachrichten für unzutreffend halten.

*

Die australische Arbeiterpartei erließ ein Manifest für die im Mai abzuhaltenden Neuwahlen. Sie spricht sich darin gegen die militärische Dienstpflicht aus, verpflichtet sich aber, durch freiwillige Rekrutierung die Dienste aller Männer, die bereit und physisch geeignet sind, nach der Front zu gehen, zu sichern. Die Arbeiter wollen die Alliierten dadurch unterstützen, daß sie die Produktion von Lebensmitteln und Materialien fördern. Die Arbeiterpartei fordert sofortige Revision der Zölle, wodurch die australische Industrie geschützt wird.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge regnerischen Wetters blieb an der ganzen Front die Kampftätigkeit gering.

An den von Bapaume nach Nordosten führenden Straßen kam es zu Gefechten in der Vorpostenlinie Noreuil—Lagnicourt, ebenso bei Equancourt nordöstlich von Peronne.

Roisel, am Cologne-Bach ist nach mehrmals vergeblichem Vorstoß vom Feinde besetzt worden.

In den Waldungen zwischen Oise und Coucy-le-Chateau trafen stärkere französische Kräfte auf unsere Sicherungen, die dem Gegner Verluste beibrachten und dann vor drohender Umfassung Raum gaben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unternehmungen unserer Stoßtrupps bei Illuxt brachten in den beiden letzten Tagen 30 Gefangene ein; gleich viele Russen mit einem Maschinengewehr wurden gestern bei Smorgon aus den feindlichen Gräben geholt.

Südöstlich von Baranowitschi gelang ein gut angelegter und kraftvoll durchgeführter Vorstoß. Die auf dem Westufer der Schtschara gelegenen russischen Stellungen zwischen Darowo und Labusy wurden gestürmt, über 300 Russen gefangen, 4 Maschinengewehre und 7 Minenwerfer erbeutet.

Westlich von Luck, nördlich der Bahn Zloczow—Tarnopol und bei Brzezany griffen nach heftigen Feuerwellen russische Bataillone an; sie sind verlustreich abgewiesen worden.

Front des Generaloberstien Erzherzog Joseph.

Südlich des Trotusul-Tales vereitelte unser Abwehrfeuer einen sich vorbereitenden Angriff; gegen den Magyaros-Kamm vordringende russische Kräfte wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Nordwestlich von Monastir haben die Franzosen erneut angegriffen. Mehrere starke Vorstöße schlugen im Nahkampfe fehl; westlich von Trnova hat der Feind in einem schmalen Grabenstück Fuß gefaßt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

WTB. Berlin, 27. März, abends. (Amtlich.)

Von den Fronten sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet.

*

WTB. Wien, 27. März. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen:

Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph:

Südlich des Uzsoker-Tales griff der Feind gestern die Magyaros-Stellungen mit starker Artillerieunterstützung an. Er wurde teils durch Feuer, teils im Nahkampf abgeschlagen. Südlich des [illegible]-Tales scheiterte unter Geschützfeuer einen russischen Angriffsversuch.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Südöstlich von Brzezany, bei Ciezow und westlich von Luck trug der Feind ohne Erfolg gegen unsere Linien vor. Er erlitt starke Verluste. Im Raume von Baranowitschi wurde er durch Ueberfall aus seinen Stellungen westlich der Szczara geworfen, wobei er neben schweren blutigen Einbuße über 300 Mann an Gefangenen verlor.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen drangen Abteilungen unseres Infanterie-Regiments Nr. 1[illegible] durch kräftige Artillerieunterstützung südlich von Vigilia in die feindlichen Stellungen ein, nahmen 5 Offiziere und [illegible] Mann gefangen, erbeuteten ein Maschinengewehr und einen Minenwerfer und behaupteten sich gegen mehrere Gegenangriffe.

Auf dem Plöcken-Paß wurden die Italiener aus dem Finanzwachhause vertrieben. Das Gebäude flog in die Luft, nachdem es von unseren Patrouillen durchsucht und verlassen worden war.

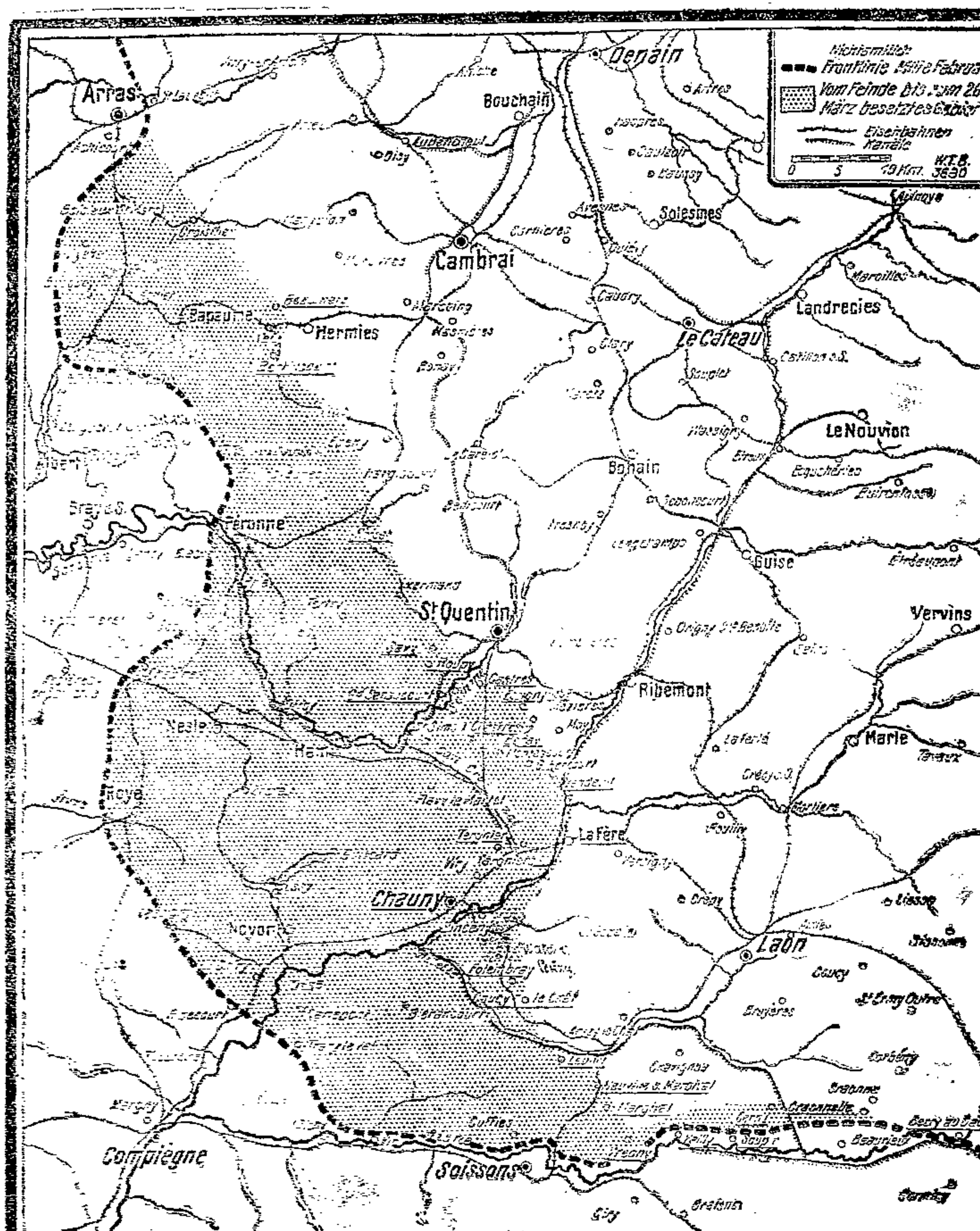
Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage in Albanien unverändert.

England.

Verschärfter englischer Druck auf den neutralen Handel?

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge wird im Unterhaus eine neue Blockadepolitik vorgeschlagen werden, die auf den Handel Hollands und anderer neutraler Länder eine sehr starke Rückwirkung haben kann. Der Unionist Bellairs hat einen Antrag eingebracht, in dem gesagt wird, daß Deutschland sich selbst in die Stellung eines „Outlaw" unter den Völkern versetzt habe, und daß jetzt die Zeit gekommen sei, um eine neue europäische Lehre [illegible] und durchzuführen, nämlich die, daß keine überseeischen Vorräte das Gebiet Deutschlands und seiner Bundesgenossen erreichen oder dorthin gelangen dürfen. In dem Antrag wird verlangt, daß die Vorräte für die neutralen Länder in Europa rationiert werden müssen, daß der Handel mit Deutschland und seinen Verbündeten in allen in den [illegible] genannten Artikeln vollständig unmöglich gemacht wird.



Das Vorrücken der Engländer und Franzosen in den von uns geräumten Gebieten zwischen Arras und der Aisne.

Unsere Kartenskizze sucht im Anschluß an die Meldungen vom Kriegsschauplatz unseren Lesern ein einigermaßen klares Bild über das Vordringen der Engländer und Franzosen in den von uns geräumten Gebietsteilen zwischen Arras und Aisne zu geben. Wir erkennen daraus, wie langsam und vorsichtig die feindlichen Truppen vorrücken. Die am 26. März erreichte Linie führte von Arras in südöstlicher Richtung über Bertincourt, Roupy, Gibercourt nach Vendeuil an der Oise, dann längs des Flusses westlich von La Fère bis in die Gegend von Chauny und dann durch den Wald von Coucy über Coucy selbst in das Aisne-Gebiet. Ueber die neue deutsche Frontlinie lassen sich selbstverständlich zurzeit keinerlei Angaben machen.

Der Seekrieg.

Dünkirchen von deutschen Torpedobooten beschossen.

WTB. Berlin, 27. März. (Amtlich.)

Einer unserer Torpedobootsverbände hat in der Nacht vom 25. zum 26. März die Anlagen des Kriegshafens Dünkirchen auf nahe Entfernung mit etwa 200 Schuß beschossen. Feindliche Seestreitkräfte wurden nirgends angetroffen. Unsere Boote sind unbehelligt wieder eingelaufen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Norwegen und die Eismeer-Sperre.

Nach einer Meldung der „National Tidende" aus Bergen lenkte die Fischereidirektion für Norwegen die Aufmerksamkeit darauf, daß die deutsche Sperrzone im nördlichen Eismeer die Fischerei an der Finnmarkenküste im Eismeer erschwere. Allein das Ergebnis der Finnmarkenfischerei brachte im Vorjahre 18 Millionen Kronen ein.

*

Die „Appam" an England ausgeliefert.

Der oberste Gerichtshof hat die sofortige Übergabe der „Appam" an die britischen Eigentümer angeordnet.

Die „Appam" wurde von der „Möwe" auf ihrer ersten Fahrt erbeutet und mit einer Prisenmannschaft, die Leutnant Berg befehligte, nach Amerika geschickt. Es entstand ein Streit, ob die „Appam" eine gültige Prise sei. Das amerikanische Kriegsgericht und nach ihm der oberste Gerichtshof entschieden sich gegen die Gültigkeit, weil eine gültige Prise durch Geleitschiffe eingebracht werden müßte. Der entgegengesetzte deutsche Standpunkt der sich auf eine gründliche Beweisführung stützte, wurde verworfen. Die Folge jener zweifellos neutralitätswidrigen Beschlüsse ist die Auslieferung der „Appam".

Allerlei Kriegsnachrichten.

Kriegsvorbereitungen in Amerika.

Nach einer Reutermeldung sind weitere zwanzig Regimenter und fünf Bataillone der Nationalgarde zum Bundesdienst einberufen worden.

Das holländische „Nieuwe Bureau" meldet aus Washington: Präsident Wilson hat nicht allein Auftrag gegeben, die ganze Miliz einzuberufen, sondern auch beschlossen, die Marinesoldaten und Flottenmannschaften auf den höchsten Stand zu bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neuen Steuern im Reichstag.

Nachdem zu Beginn der Dienstagsitzung des Reichstages die Regierung auf eine Anfrage darüber, ob geschlechtskranke Soldaten den Versicherungsanstalten gemeldet werden, um auch [illegible] eine planmäßige Behandlung dieser Volksseuchen zu sichern, eine recht unbestimmte Antwort gegeben hatte, begann die Beratung des 20prozentigen Kriegssteueraufschlags. In der Zustimmung zu der Vorlage, die schließlich einstimmig angenommen wurde, waren alle Parteien einig. Indessen gaben doch die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen ihren schweren Besorgnissen gegen eine zu weitgehende und schließlich jeden Erwerbssinn lähmende Besteuerung Ausdruck. Die Rechte wieder wandte sich dagegen, daß das Reich den Bundesstaaten die direkten Steuern wegnehme. Aber davon kann ja gar keine Rede sein, denn selbstverständlich müssen die Bundesstaaten und Gemeinden auch zur Lösung ihrer Aufgaben fähig bleiben und es handelt sich in Wahrheit um die Besorgnis davor, daß Reich und Staat direkte Steuern erheben, so daß eine sehr erhebliche Belastung des Einkommens und Besitzes die Folge sein wird. Schuld daran ist eben der Krieg und wohl dem, der sich von der Verantwortung für ihn frei weiß. Genosse Dr. David trat für eine Erhöhung des Zuschlags und dafür ein, daß durch eine Reichseinkommens- oder Reichserbschaftssteuer die gleichzeitig vorliegenden indirekten Steuern überflüssig gemacht würden. Henke von der Arbeitsgemeinschaft und Genosse Keil wandten sich dann noch gegen die Rechte, die manchmal so tut, als ob wir eine Kriegsentschädigung schon in der Tasche hätten. Die darauf folgende Beratung der Verkehrssteuervorlage begann mit der Jungfernrede unseres in Schlesien gewählten Genossen Hermann Müller, der die Verkehrssteuer als solche, besonders auch wegen ihrer in der Besteuerung des Straßenbahn- und Nahverkehrs zum Ausdruck kommenden Volksfeindlichkeit entschieden bekämpfte. Seinen Bedenken mußte sich der Fortschrittler Liesching anschließen, trotzdem stimmen die Liberalen dem Gesetz zu.

Schweden.

Das schwedische Volk für die Regierungspolitik.

Wie die Stockholmer Abendblätter berichten, wurde heute von einer Abordnung dem Staatsminister Hammarskjöld eine Huldigungsadresse überreicht, die von mehr als 600 000 Männern und Frauen aus dem ganzen Lande unterzeichnet ist. Außerdem sind im ganzen Telegramme und Sympathiekundgebungen von über 150 000 Personen eingegangen. „Allehanda" nennt diesen Anschluß an die Politik des schwedischen Ministerpräsidenten eine Meinungsäußerung ohnegleichen in Schweden und wohl auch im Ausland. Im Anschluß daran schreibt das Blatt, daß das Volk sich in dieser Zeit der Unruhe um den König und dessen ersten Ratgeber zu einer so raschen und großartigen Kundgebung zusammenschließt, ist ein gewaltiges Zeugnis für den Willen zur Einheit und zur geschlossenen Front nach außen.

Ernährungsfragen.

Die Nachprüfung der Ernteergebnisse.

Nach den dem Ausschuß des Reichstages für die Ernährungsfragen vorliegenden Mitteilungen sollen die Ausschüsse zur Nachprüfung des Ernteergebnisses, in jedem Kommunalverband einer, aus den Unterkommissionären der Reichsgetreidestelle, der Reichsgerstengesellschaft, der Reichs-Hülsen- und Fruchtstelle und aus

Sachverständigen aus anderen Gemeinden bestehen und zusammen mit Militärpersonen in jedem landwirtschaftlichen Betrieb die Erntebestände aufnehmen, die für den eigenen Verbrauch des Erzeugers bestimmten Mengen sofort aussondern und den ablieferungspflichtigen Ueberschuß gegen die Aushändigung eines Anerkennungsscheines in das von der Gemeinde zu stellende Lager bringen lassen und den Uebernahmepreis vereinbaren. Liefert der Betriebsinhaber nicht freiwillig, geht der Ueberschuß mit Aussonderung an den Kommunalverband über. Der Uebernahmepreis wird durch die zuständige Behörde festgesetzt. Verheimlichte und versteckte Vorräte verfallen dem Kommunalverband ohne Entschädigung. Außerdem erfolgt rücksichtslose Bestrafung.

In der Debatte erklärte Präsident v. Batocki: Die Verhandlungen mit der Heeresverwaltung über den Umfang ihres Verzichtes sind noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse der Volkszählung müßten hier und da berichtigt werden, aber nur bei dem Nachweise, daß zu wenig Menschen gezählt sind. Ein Ausgleich für die Herabsetzung der Brotmenge ist natürlich unvollkommen, aber ein anderer nicht möglich. Allen bisherigen kriegswirtschaftlichen Erfahrungen zuwider wurde die Ernte zum ersten Male überschätzt, und die Ueberschätzung ist erst reichlich spät bekannt geworden. Der Ernst der Lage rechtfertigt weder die scharfe Kritik, noch utopistische Vorschläge. Die Schweinebestände reichten für die notwendigsten Schlachtungen nicht, und daher müßten die Rindviehbestände scharf angegriffen werden. Wohlhabende Gemeinden würden 75 Pfg., und die ärmeren 90 Pfg. pro Kopf die Woche als Zuschüsse für Zusatzfleischmengen erhalten. Eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist schon aus Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften unmöglich, ganz abgesehen von den Transportschwierigkeiten. Aussichtslos sei die vorgeschlagene Aufhaltung der Beschlagnahme und Wegnahme der Lebensmittel in der Landwirtschaft. Es sei unmöglich, ohne Brot und Kartoffeln zu leben. Dies müsse die Landwirtschaft sich klar machen.

Aus der Partei.

„Organisations-Grundlinien für die Opposition der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Unter diesem Titel hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft an die ihr anhängenden Organisationen im Reiche einen Organisations-Entwurf versandt, in dessen Einleitung eine Ausgestaltung von Programm und Organisation der Partei nach den im Kriege neugewonnenen Erkenntnissen in Aussicht gestellt wird. Dann wird vorgeschlagen, daß sich die Opposition bis dahin auf folgende Grundlinien einigen soll:

Orts- und Wahlkreisorganisationen.

Wo die alten Orts- und Kreisorganisationen sich für die Opposition erklärt haben, bilden sie die Grundlage der Organisation. In den übrigen Orten und Kreisen ist eine selbständige Organisation der Opposition ins Leben zu rufen.

Bezirksorganisationen.

Die Wahlkreisorganisationen schließen sich zu Agitationsbezirken zusammen und bestimmen eine Bezirksleitung zur Führung der gemeinsamen Geschäfte. In jeder Bezirksleitung muß eine Genossin sein. Zur zweckmäßigen Erledigung der Agitations- und Organisationsarbeiten kann eine Unterteilung der Bezirke erfolgen.

Zentralleitung.

Die Geschäfte der Opposition führt eine Zentralleitung. Die Zentralleitung besteht aus einem Aktionskomitee und einem Beirat. Das Aktionskomitee ist aus Berlin und Umgegend, der Beirat aus den übrigen Bezirken zu wählen.

In den Sitzungen der Zentralleitung haben die Mitglieder des Beirates dieselben Rechte wie die Mitglieder des Aktionskomitees.

Das Aktionskomitee besteht aus zwei Vorsitzenden, dem Kassierer, den Schriftführern und den Beisitzern; darunter muß eine Genossin sein. Höchstens ein Drittel der Mitglieder des Aktionskomitees darf besoldet sein.

Kontrollausschuß.

Die Kontrolle der Zentralleitung übt ein Kontrollausschuß, der auch Beschwerden gegen die Zentralleitung entscheidet.

Mitwirkung der Bezirke.

Vor wichtigen politischen Maßnahmen hat die Zentralleitung die Vertreter der Bezirke zur Beratung zusammenzuberufen.

Ebenso sind die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen zusammenzuberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten.

Beitragsleistung.

Die Organisationen der Opposition erheben die Beiträge in der bisherigen Weise weiter und führen mindestens 20 Prozent derselben an das Aktionskomitee ab.

Reichskonferenz.

Auf Beschluß der Zentralleitung oder der Mehrheit der Bezirksvertreter hat eine Reichskonferenz stattzufinden, deren Zusammensetzung, Verhandlung und Beschlußfassung sich sinngemäß nach den Bestimmungen über den Parteitag regeln.

Der Reichskonferenz hat die Reichstagsvertretung der Opposition über ihre parlamentarische Tätigkeit Rechenschaft abzulegen, ebenso die Zentralleitung über die Führung der Parteigeschäfte.

Die Reichskonferenz bestimmt die Zahl der Mitglieder des Aktionskomitees, des Beirats und des Kontrollausschusses und wählt alle Mitglieder dieser Körperschaften.

Schlußbestimmung.

Die sinngemäße demokratische Anwendung des Organisationsstatuts ist im übrigen Sache der Orte, Kreise und Bezirke.

Diese Grundlinien sollen, wie wir hören, auf einer neuen Reichskonferenz der Partei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beraten und beschlossen werden, die für Ostern geplant ist.

Wer den oben abgedruckten Entwurf gelesen hat, wird nicht mehr bestreiten können, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine besondere Partei ist: eigene Leitung, eigene Finanzen, eigene Vereine, die sich wieder nach Agitationsbezirken zusammenschließen sollen, sind über das ganze Reich vorgesehen. Damit ist volle Klarheit geschaffen.

Jetzt müssen die Lauen und Halben Farbe bekennen! Wer im Interesse der deutschen Arbeiterklasse für die Zeit im Kriege eine **starke geschlossene sozialdemokratische Partei** für nötiger hält denn je, der wird der Partei nicht nur die Treue bewahren, sondern mit ganzer Kraft für die Stärkung ihrer Organisationen und die Verbreitung ihrer Presse arbeiten. An dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter wird das Zerstörungswerk derer scheitern, die am 21. März 1916 die Spaltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeiführten und genau ein Jahr später die letzte Maske fallen lassen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 28. März.

Die Schulentlassenen.

Nur erst aus der Schule sein! Das ist der Wunsch der Knaben und Mädchen, wenn sie die ersten hoffnungsfrohen Blicke in die Zukunft werfen. Sind ihre Wünsche und Ziele auch noch so bescheiden, ihnen bedeuten sie viel. Und das ist gut so. Ein strebender Mensch ist sich in seinem dunklen Drange des rechten Weges stets bewußt. Bewußt? Das darf man wohl kaum in jedem Falle behaupten, aber er findet den rechten Weg. Sein Streben führt ihn aufwärts. Und fast alle, die nun wieder die Schule verlassen und vor der Pforte eines größeren Lebens stehen, sind der Hoffnung voll und schmieden ihre größeren und kleineren Pläne.

Ich habe sie immer gern gesehen, die kleinen Herren und Fräulein mit den feierlich-ernsten Gesichtern, wenn sie zur Jugendweihe oder zur Konfirmation gingen. Ich sehe sie heute mit besonderer Liebe. Auf uns allen lastet der unheimliche Druck des langen, grauenvollen Krieges; wir wissen, was es heißt, uns in dieser Zeit durchzubringen, besonders wenn man sich mit der rationierten Nahrung begnügen muß. So können wir auch ermessen, welche Sorgen den Eltern die Ansprüche machen, die nun einmal mit der Schulentlassung und dem künftigen Beruf der Kinder verbunden sind. Mancher Knabe, manches Mädchen wird sich wohl mit weniger begnügen müssen als dem, was in normalen Zeiten aufzuwenden üblich war. Freilich, es schadet nicht gerade, wenn es kein neues Kleid, keinen neuen Anzug gibt. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Der Himmelssegen richtet sich ja wohl nicht nach der Kleidung, und bei der Jugendweihe sollte erst recht nicht auf Aeußerlichkeiten gesehen werden. Leider ist es anders; der einzelne kann sich der häßlichsten aller menschlichen Untugenden, der Mode, nicht völlig entziehen. Die guten Vettern und Basen, Tanten und Nachbarn, das ganze liebwerte Publikum richtet die gerecht musternden Blicke auf die jungen Menschenkinder. Bei den ganzen Feierlichkeiten ist ihnen die Kleidung die Hauptsache. Wer besonders „fein" ist, gilt mehr in ihren Augen; und wenn ein armer Stachel dazwischen wäre mit geflickten Hosen, so würde es des Raunens kein Ende nehmen. Ich habe gewiß nicht das Bedürfnis, der Entbehrung und Zufriedenheit das Wort zu reden; ich will, daß jeder und jede gut und zweckmäßig gekleidet geht und daß es an nichts fehle, am allerwenigsten, wenn bei der Schulentlassung eine besondere Ausrüstung vonnöten, aber ich halte die Bewertung der Menschen nach dem Aeußeren, hier gar der unschuldigen Kinder, für erbärmlich niedrig. Es ist eine Beleidigung der Armen. Den Armen, unter ihnen den Aermsten, gilt an solchen Tagen erst recht mein Herz. Selig sind ja nur die geistig Armen, und nur ihnen ist das Himmelreich. Ich habe nichts dagegen und verzichte deshalb auch gern darauf, wünsche dafür aber den materiell Armen desto festeren Boden unter den Füßen. Tröstet euch, ihr Jungen und Mädchen, die ihr entbehren müßt! Aus eurer Armut wird bei eurem guten Willen eine Saat keimen, die nicht so bittere Früchte bringt, als ihr sie jetzt genießen müßt. Schätzt euch einer gering nach eurer Kleidung, so richtet euch stolz empor und seid euch bewußt, daß des Menschen Kern in seinem Innern ruht!

Das Leben bringt Sorg' und viel Arbeit! Wie viele der jungen Menschenkinder, die in diesen Tagen die Schule verlassen, haben es schon erfahren müssen. Nicht jedem ist eine sonnige Kindheit beschieden. Schwarze Fäden ziehen sich schon durch so manches Kinderleben. Und jetzt? Die Väter stehen draußen vor dem Feind. Sie setzen ihr Herzblut ein zum Schutze des Landes und können nicht einmal abkommen für den Tag, da die Kinder den ersten Schritt ins sausende Getriebe der Welt machen sollen. So mancher Vater ist schon auf Nimmerwiedersehen seinen Lieben entrissen. Ach, so schwer ist es für die Mutter, bei all dem Jammer aufrecht zu bleiben! Sie soll die Kinder trösten, soll ihnen helfen, selber des Trostes und der Hilfe bedürftig. Da bricht wohl manche Mutter zusammen, und in das Kinderherz zieht ein dunkler Schatten, der nimmermehr verschwindet. Mir ist, als ob ich diese Schatten auch auf den Gesichtern so mancher der Jungen und Mädchen sehe, die jetzt am Scheidewege stehen.

So wird denn auch von den kleinen häuslichen Festen, die sonst bei der Schulentlassung üblich sind, nicht viel werden. Allerdings sind diese Feste nicht immer schön gewesen und sind übertrieben worden; sie waren der Bedeutung des Tages nicht immer entsprechend. Aber es war um die Osterzeit doch Lust und Freude in den Häusern. Wer jetzt noch Verwandte und Freunde bewirten soll, kommt auch schwer in die Brüche. Höchstens könnten sich die Gäste auf „Kaffee" mit Steckrüben und zum Abendessen auf Steckrübenwurst, Steckrübenkäse, Steckrübenmarmelade, Steckrübenlabskaus und andere Steckrübendelikatessen gefaßt machen. Und da wir Armen nun einmal im Zeitalter der Steckrübe leben, wäre nach Tisch eine Steckrübenbowle aufzusetzen. Schließlich würde die ganze Gesellschaft mit einer Hymne an die Steckrübe den feierlichen Höhepunkt erklimmen. — Andere Zeiten, andere Sitten! Wenn nur die Zeiten besser wären, auf die häuslichen Feste können die Schulentlassenen ohne Nachteil gewiß verzichten.

Der Tag nach der Feier gehört noch den „jungen Leuten", wie sie nun nach Alter und Gewerbeordnung zu benennen wären. Stolz und steifleinen spazieren die Jungen in den Straßen mit den überflüssigen Handschuhen und dem unvermeidlichen Regenschirm. Die meisten wissen mit ihrem äußeren Menschen noch nicht viel anzufangen, aber daß Kleider Leute machen, ahnen sie schon. Die Mädchen verstehen sich schon darauf, in ihrem ersten langen Kleide ein wenig die Dame zu markieren. Hütet euch, ihr Jungen und Mädchen, das Aeußere eurem Innern voranzusetzen!

Der kleine Kerl dort mit der Zigarette fühlt sich gewiß schon furchtbar erwachsen; und wenn ich eine bestimmte Automatenwirtschaft der Altstadt in diesen Tagen betrete, bin ich sicher, dort schulentlassene Herrschaften beiderlei Geschlechts zu finden. Ich kann nicht sagen, daß das gerade erfreulich ist. Bei dem ersten Gang ins neue Leben sollte die Kneipe nicht die Einkehrstätte sein.

Doch nun heißt es hinaus ins Leben und tapfer angefaßt. Der Erwerb nimmt den jungen Menschenkindern viel Licht und Luft. Manche wissen leider schon, was es heißt, werktätig zu sein. Unzählig sind die Eindrücke des neuen Lebens; sie wollen alle den Charakter formen. Fritz Reuter schickt seinen jungen Schmied in die Welt mit den Worten:

> Eins soll der Mensch von Grund aus lernen,
> In einem Stücke muß er reifen!

Ein trefflich Wort zwar, aber es genügt nicht für unsere Zeit. Es gibt wenig Menschen, die aus einem Guß geworden sind, was sie sind; die meisten müssen erst durch Irrtum zur Wahrheit reifen, besonders jene, denen es an der führenden Hand mangelt. Nicht wenige stolpern vor der Reife. Nicht nur in einem Stücke, nicht nur in unserem Handwerk müssen wir reifen, es ist nötig, daß uns in allen Dingen ein klarer Blick, ein volles Herz eigen ist. Haben wir beides, so hat es keine Gefahr; wir finden den Weg zum schönen Menschentum und heben uns aus dem Alltag hinaus in eine bessere Zukunft. —

Argos.

Die Bürgerschaft beendete gestern die Beratung des Haushaltungsplanes. Zunächst lehnte sie den Antrag des Genossen Hoff ab, der die Erhebung eines 20prozentigen Zuschlages der Preise für Gas und Elektrizität durch eine Kommission prüfen lassen wollte. Mit der vom Genossen Henze beantragten Aenderung, daß der Preis für durch Münzgasmesser bezogenes Gas nicht um 3 Pfg., sondern nur um 2 Pfg. erhöht werde, gelangte schließlich der Vorschlag des Senates gegen eine erhebliche Minderheit, zu der auch die Sozialdemokraten gehörten, zur Annahme. Die erhöhten Preise gelten vorläufig auf ein Jahr, wie der Wortführer besonders feststellte. Daß sie dann wieder ermäßigt werden, ist allerdings kaum anzunehmen.

Im Verlauf der Erörterung der einzelnen Artikel wurde vom Genossen Ehlers die Miete für die Elektrizitätszähler als nicht immer ganz angemessen kritisiert; Genosse Löwigt verlangte rechtzeitige Maßnahmen für eine geregelte Koksversorgung der Lübecker Bevölkerung im nächsten Winter; Genosse Henze trat für die Erweiterung des Kreises der Personen ein, an die zur Benutzung der Straßenbahn Arbeiterwochenkarten abgegeben werden. Von bürgerlicher Seite wurden ebenfalls mancherlei Wünsche vorgebracht, so bezüglich des Verkehrs auf der Lübeck-Travemünder Bahn, Güterbeförderung auf der Straßenbahn, Verstaatlichung der hiesigen Brandkassen usw. In der Gesamtabstimmung wurde dann der Haushaltsplan gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die ablehnende Haltung unserer Fraktion stützt sich nach wie vor in erster Linie darauf, daß durch das bestehende Wahlunrecht weite Kreise unserer Bevölkerung minderen Rechtes sind; ferner, daß die Arbeiter in den meisten Behörden keine Vertretung eingeräumt erhalten haben und daß man bisher in den Kreisen der Regierung keinerlei Anstalten trifft, hieran etwas zu ändern. Die Behauptung, daß dies während des Krieges nicht möglich sei, lassen wir nicht gelten. Wenn der Wille vorhanden ist, findet sich auch der Weg.

Nachdem noch vier Anträge des Senats ohne Debatte genehmigt waren, konnte der Wortführer die Sitzung schon kurz vor 8 Uhr schließen.

Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Detailhandelsbetriebe. Die Detailhandels-Berufsgenossenschaft in Berlin SW. 68, Charlottenstraße 96, teilt uns mit, daß noch zahlreiche Inhaber von Detailhandelsunternehmen, welche die Reichsversicherungsordnung vom 1. Januar 1913 ab der gewerblichen Unfallversicherung unterstellt hat, ihre Betriebe nicht bei dem zuständigen Versicherungsamt angemeldet haben. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß Detailhandelsbetriebe schon dann versicherungspflichtig sind, wenn in ihnen ständig zwei kaufmännische Angestellte (Verkäufer, Verkäuferinnen, Kontoristen, Lehrlinge, Lehrmädchen — auch ohne Gehalt) oder ein gewerblicher Arbeiter (Laufbursche, Laufmädchen, Kutscher usw.) beschäftigt werden. Familienangehörige, mit alleiniger Ausnahme des Ehegatten sind, auch wenn sie kein Gehalt beziehen, als Angestellte im Sinne des Gesetzes anzusehen. Inhaber versicherungspflichtiger Betriebe, die die rechtzeitige Anmeldung versäumen, können mit Geldstrafen bis zu 300 Mk. bestraft werden. Es liegt daher im Interesse der Betriebsinhaber, wenn sie ihre Betriebe ungesäumt bei dem Versicherungsamt hierselbst, Parade 1, anmelden.

Die Aufschriften für Feldpostsendungen. Seit Einführung der neuen Feldadressen kommt es, wenn die Unbestellbarkeit oder wenigstens Verzögerungen in der Ueberkunft vermieden werden sollen, besonders darauf an, daß die Aufschriften auf den Feldpostsendungen vorschriftsmäßig vollständig und genau nach den aus dem Felde mitgeteilten Mustern abgefaßt werden. Leider lassen die Adressen in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig. So wird namentlich gegen die Bestimmung verstoßen, daß bei Truppenteilen, die keinem Regimentsverband angehören (selbständigen Bataillonen, höheren Stäben — außer solchen von Armeekorps, Divisionen und Brigaden — Kolonnen, Fliegern, Funkern usw.) die Nummer der zuständigen Feldpostanstalt (Deutsche Feldpost Nr. . . .") hinzugesetzt, dagegen bei Formationen in Regimentsverbänden und bei Stäben von Armeekorps, Divisionen und Brigaden diese Nummer weggelassen werden muß. Auch werden vielfach den Formationsbezeichnungen gehörige notwendige Zusätze, wie „Reserve"-, „Landwehr"-, „Landsturm"-, „Ersatz"-, „bayerisch", „österreichisch" usw. weggelassen, sodaß Verwechslungen unausbleiblich sind. Den Absendern wird daher dringend empfohlen, auf die ordnungsmäßige Adressierung der Feldpostsendungen besondere Sorgfalt zu verwenden.

Kriegsgefangenenpost. Welch gewaltigen Umfang der Kriegsgefangenenpostverkehr durch die Schweiz angenommen hat, geht aus folgenden Zahlen hervor: Es wurden seit dem Monat September 1914 bis Ende Februar 1917 an Kriegsgefangenensendungen vom Postbureau Bern-Transit 234 287 205 Briefpostgegenstände, sodann von den Postbureaus Genf-Transit, Basel-Bahnpost, Chiasso-Transit und Domodossola-Schweizer Agentur 45 849 785 Pakete entgegengenommen und weitergesandt. Von der Schweiz wurden überdies an französische, belgische, russische und serbische Kriegsgefangene in Deutschland und an italienische Kriegsgefangene in Oesterreich 3 972 775 Brotsendungen im Gewicht von 7 437 894 Kilogramm abgeliefert, wobei die umfangreichen, ohne Mitwirkung der Post, vermittels der Bahn beförderten Eilfrachtsendungen nicht mitgezählt sind. An Postsendungen für die Kriegsgefangenen wurden von der Oberpostkontrolle und dem Mandattransitbureau Basel im ganzen 6 441 695 Stück im Betrage von 91 064 811 Franken 73 Rappen empfangen, umgerechnet und weitergesandt.

„Durch deutschen Sieg zum deutschen Frieden." Es ist bemerkenswert, daß die hiesigen Alldeutschen sich als Redner für ihre Versammlung, in der über dieses Thema gesprochen werden sollte, einen liberalen preußischen Landtagsabgeordneten kommen ließen, Herrn Dr. Traub. Vor nicht sehr vielen Jahren wurde nämlich Traub als Pfarrer an der Dortmunder Rinoldi-Kirche wegen seiner kirchlich-liberalen Anschauungen gemaßregelt und die alldeutschen Blätter, darunter auch die „Lübeckischen Anzeigen", die heute sein Lob verkündigen, riefen damals: „Kreuzige ihn!" Aber Traub verdient das Wohlwollen der Alldeutschen. Sein geistlicher Beruf, den er ehemals ausübte, und die Lehre von der christlichen Nächstenliebe hindert ihn nämlich nicht daran, für uferlose Annexionsbestrebungen einzutreten, die einmal von großer politischer Kurzsichtigkeit zeugen, dann aber auch die Friedensmöglichkeiten in nebelhafte Ferne hinauszuschieben geeignet sind. Traub führte u. a. aus: Wir brauchen den Sieg, um zukünftig existieren zu können. Und er glaube an den Sieg, den er aus der Sache selbst herauswachsen lassen wolle. Er untersuche die Lage vom Standpunkte des Politikers. Es sei oberster Grundsatz unserer Heeresleitung, dem Volke die Dinge so mitzuteilen, wie sie sind. Redner unterzog nun die Kriegslage an allen Fronten einer eingehenden Betrachtung. Er begann an der südwestlichen Ecke. Bei Bagdad hätten wir zwar kürzlich eine Niederlage erlitten. Das bedauere er. Aber die Enttäuschung, die wir erlebt haben, sei lange nicht so groß wie die, die die Engländer jetzt erleben. Auf Rußland übergehend, erörterte Traub die russische Revolution von seinem Standpunkte aus, so vor allem auch die provisorische Regierung, die ihm anscheinend wenig Freude macht; die Duma lobte er, weil sie als einziges unter allen Parlamenten, abgesehen vom englischen, nicht um eine Kopeke gefeilscht habe, die für Heereszwecke zu bewilligen war. Alle, die auf einen raschen Verfall Rußlands gehofft hatten, seien schwer enttäuscht worden. Rußlands Kraft wurzle eben in einer starken Bauernschaft. Die englischen Agenten seien jedenfalls durch die Revolution enttäuscht worden. Die Disziplin an der Front lockere sich immer mehr. Und so stelle es sich heraus, daß England durch die russische Revolution ins Herz getroffen sei. England sei es auf Bestechungsgelder nie angekommen. Auch nach Schweden liefen viele englische Goldkanäle. Aber ihr Einfluß sei im Schwinden begriffen. Sogar in Frankreich habe sich das Ministerium Ribot jetzt dem englischen Einfluß etwas entzogen. Die russische Revolution sei jedenfalls der beste Beweis, wie schlecht es England gehe. Zuletzt sei sie ein Hauptereignis und Ergebnis des Krieges. Aber erst zuletzt. Rußland würde nicht mehr ins Blaue hinein maßlose Menschenopfer bringen. Und deshalb freue er sich über diese Entwicklung. Herr Traub äußerte dann sein Erstaunen über die sozialdemokratische Presse, die das freie Rußland mit dem Preußenwahlrecht in Verbindung bringe. Er hält Rußland noch lange nicht für frei. Wir auch nicht. Aber mit dem zaristischen Knutenregiment dürfte es wohl ein für allemal vorüber sein. Herr Traub ist der Meinung, daß die Versprechungen der provisorischen Regierung innerhalb eines Jahrzehnts nicht verwirklicht werden können. Das hängt aber wesentlich von der Kraft der Sozialdemokratie mit ab. Dann sang der geistliche Schwabe ein Loblied auf Preußen, dessen kirchliche Freiheit er am eigenen Leibe doch wenigstens kennen gelernt haben sollte. Sollen wir uns im deutschen Vaterlande um der inneren Politik willen einander zerfleischen? Dann wären wir politische Kinder. Er bezeichnete es als töricht, immer wieder mit der Neuorientierung zu kom-

men. Die Neuorientierung sei, daß wir siegen. Dann komme die Neuorientierung ganz von selbst. (Und das sagte ein fortschrittlicher Abgeordneter nach den Reden der preußischen Herrenhäusler.) Es sei eine politische Notwendigkeit, daß alle Deutschen vom Herrenhaus bis zur Sozialdemokratie jetzt einig zusammenstehen. So fordert es Herr Traub. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß es mindestens eine ebenso dringende Notwendigkeit ist, ein gleiches Recht für alle zu schaffen. Und auch die im vordersten Schützengraben, von denen Herr Traub meinte, daß ihnen alle Politik jetzt schnuppe sei, sind in ihrer Mehrzahl mit uns dieser Meinung, sintemalen es nicht Deutsche erster Klasse im ersten, Deutsche zweiter Klasse im zweiten und Deutsche dritter Klasse im dritten Schützengraben gibt, wie Genosse Scheidemann an derselben Stelle einige Wochen früher treffend hervorhob. Unmittelbar darauf kam auch Herr Traub auf Scheidemann zu sprechen. Alle Achtung vor seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit erkannte ihm auch Traub zu. Aber kein englischer oder französischer Sozialist rede so wie Scheidemann in bezug auf Annexionen. Sollten die Reden eines Snowden, Macdonald, Longuet und Meorheim, die sonst als besonnene feindliche Stimmen gerade von den bürgerlichen Blättern gern zitiert sind, nicht auch Herrn Traub zu Gesicht gekommen sein. Oder darf die Stimme der Vernunft nur vom Ausland herüber schallen?! Unsere Parteigenossen im Schützengraben hätten ihm erklärt: „Wir könnten nicht mehr zurück. Es gelte zu kämpfen bis zum endgültigen Siege. Nun gerade erst recht." Demgegenüber könnten wir darauf hinweisen, daß gerade die begeisterte und überaus freudige Aufnahme des von den Alldeutschen verurteilten Friedensangebots in den Schützengräben und ungezählte Feldpostbriefe dartun, wie wenig diese Behauptung Traubs zutrifft.

Gewiß hat Traub recht, wenn er sagt, es gehe um unsere Existenz. Aber wenn er fortfährt: Wenn wir heute den Frieden hätten, so wäre das keiner, denn in einem halben Jahre gehe der Krieg von neuem los, so ist das eine unbewiesene Behauptung, für die nichts spricht. Die Völker, die den Krieg nicht wollten, haben davon mehr als genug für immer! Es kommt für sie darauf an, Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederholung des Weltunglücks verhindern. Herr Traub donnerte gegen unseren Vorschlag, dem russischen Volke jetzt den Frieden anzubieten. „Wenn wir jetzt das russische Volk in die Arme schließen, gehe es in einem halben Jahre von neuem los." Dem russischen Volke jetzt den Frieden anzubieten, sei naiv! (Warum? Anm. d. B.) Einen Frieden, wie ihn Scheidemann propagiere, gebe es nach diesem Krieg nicht mehr. Wenn wir nicht gewinnen, seien wir verloren usw. Und dann folgte eine donnernde Philippika auf England, Worte des Hasses, die sich seltsam ausnahmen, wenn sie aus dem Munde eines Mannes erklingen, der einst die Lehre verkündete: „Liebet Eure Feinde!"

„Ich gönne England die Hungersnot von Herzen." Es hat sie redlich verdient. Wir versenken die Schiffe, um England abzusperren, ihm das Schicksal zu bereiten, das es uns zugedacht. Usw. usf. Auch über das Wort „Heimkrieger" und seine Anwendung beklagte sich Herr Traub. Dann kam er auf den U-Boot-Krieg zu sprechen, der nur ein Zahnrad in dem großen Räderwerk unserer Verteidigung sei. Im Zusammenhang damit, erklärte er ernstlich, daß die vordem geplante Versammlung wegen des Kohlenmangels ausgefallen sei, um gleich darauf zu behaupten: Aber in Deutschland gebe es Kohlen genug, nicht nur für Deutschland, auch für alle Neutralen, die sie haben wollten. Leider ziehe es Norwegen vor, sich lieber vor England zu demütigen, als deutsche Kohlen zu nehmen. Nachdem Italien noch in humoristischer Weise abgefertigt worden war, faßte er auch die Wucherer und Bierbankpolitiker, jene „erbärmlichen Menschen" etwas an. Es gebe Leute in Deutschland, die nicht zufrieden sind, wenn ihnen nicht täglich 1000 Tonnen versenkter Schiffsraum zum Frühstück serviert würde. Eine unheimliche Undankbarkeit sei im deutschen Volke vorhanden gegenüber dem, was da draußen geschieht. Der Egoismus habe die Begeisterung herabgeschraubt. „Und wenn das nicht anders wird: ich weiß nicht, ob der Herrgott nicht doch noch den Krieg die anderen gewinnen lassen wird!" Gleich darauf war er aber vom deutschen Sieg wieder überzeugt, denn es gebe einen Mann in Deutschland, dem jeder Deutsche — auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — glaube. Hindenburg. Dieser habe gesagt, er wolle kämpfen bis zum endgültigen vollen Sieg. Hindenburg war aber auch mit dem Friedensangebot einverstanden, das eine Verständigung herbeiführen sollte! Herr Traub fuhr fort: Wir wollen unsere Schulden nicht selber bezahlen, die anderen sollen sie bezahlen. Nicht aus Habgier, sondern aus Gerechtigkeit. Daß eine ganze Schicht des deutschen Volkes infolge der Lebensmittelteuerung Not leide, gab Redner zu. Aber das deutsche Heer habe zu essen. Auf dem Lande sei keine Not. In den Kleinstädten auch nicht. Kämen nur die Großstädter in Frage. Vor allem in Berlin sei Not und deshalb alle Achtung vor Berlin. Wir hätten uns übrigens vor dem Kriege eine sehr üppige Lebensweise angewöhnt. Jetzt solle man lieber noch ein Jahr hungern, als statt dessen 20 Jahre graues Elend zu ertragen. Nachdem der Redner noch für die Kriegsanleihe geworben, kam er auf die Annexionen zu sprechen. Im Westen müßten wir die Erze haben, weil wir kein Stück schwedisches Erz mehr bekämen, wenn Rußland wieder anfange zu produzieren. Im Osten müßten wir Getreideland haben, denn wir hätten das Königreich Polen nicht geschaffen um Polens willen, sondern um unsertwillen. Er freue sich, daß alle bürgerlichen Parteien im Reichstage erklärt hätten, für das nächste Jahr sei das Friedensangebot erledigt. Wir müßten zu dem Sieg kommen, den die anderen uns bringen, wenn sie um Frieden bitten. Und dann rief er das Volk auf zum Glauben an den Frieden durch den Sieg mit Annexionen. Dafür spendete ihm ein großer Teil der Anwesenden lebhaften Beifall. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die breiten Massen des deutschen Volkes den Gedankengängen und Absichten des Herrn Traub und seiner neuen alldeutschen Freunde scharf ablehnend gegenüberstehen.

Die Versammlung, die in der Stadthalle abgehalten wurde, war sehr gut besucht. Auch manche Arbeiter waren gekommen, um Traub zu hören. Dennoch stand die Zahl der Erschienenen weit hinter den Massen zurück, die hier am 5. Februar Scheidemann zustimmten. Damals mußten viele wieder umkehren, die keinen Platz mehr fanden. Es ist anzunehmen, daß die Alldeutschen wieder so tun werden, als ob ihre Pläne die Meinung des Volkes widerspiegeln. Sie sind heute ebensowenig dazu berechtigt, wie früher.

Ein Großfeuer kam gestern abend 7.20 Uhr in der Schamotte- und Kalksandsteinfabrik von Fr. Ewers u. Co. in Siems, die eben hinter der Herrenbrücke an der Trave liegt, zum Ausbruch. Es brannte das große Fabrikgebäude, in dem die Schamottesteine hergestellt werden, vollständig aus und stürzte in sich zusammen. Auch ein angrenzender Schuppen fiel den Flammen größtenteils zum Raube. Der entstandene Schaden ist sehr groß, zumal wertvolle Maschinen vernichtet wurden. Die hiesige Feuerwehr war mit der Dampfspritze, dem Spritzendampfer „Wakenitz" und einer Motorbootspritze an den Löscharbeiten beteiligt, die auch von den benachbarten Feuerwehren unterstützt wurden. Heute früh gegen 3 Uhr konnte die Gefahr als beseitigt angesehen werden und die Löschmannschaften nach anstrengender Tätigkeit heimkehren. Ein gewaltiger Feuerschein rötete, als der Brand am schlimmsten wütete, den Abendhimmel. Die Ermittelungen über die Entstehungsursache des Feuers sind noch nicht abgeschlossen.

Den Verkehr mit Milch betrifft eine Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamtes, die unsere Leser im Anzeigenteil finden. Wir machen darauf aufmerksam.

Nährhefe. Vom Ernährungsausschuß wurde Nährhefe in den Handel gebracht, deren Benutzung wegen ihres großen Eiweißgehaltes den Hausfrauen nur empfohlen werden kann. Nährhefe ist für jedes Gericht zu verwenden, an das man auch Fleischextrakt tun würde, Milch- und süße Speisen sind nicht damit zu würzen. Die Nährhefe ist mit kaltem Wasser anzurühren, mit kaltem Wasser aufzusetzen und mit den Speisen gut durchzukochen, sie bedarf einer Kochzeit von mindestens ¾ Stunden. Man rechnet bis zu 5 Gramm (eine Messerspitze) Nährhefe für die Person, jedoch ist es ratsam, die Speisen nicht zu scharf hiermit zu würzen, damit der eigentliche Geschmack des Essens nicht überdeckt wird.

Fahrradabgabe. Bis zum 15. April dieses Jahres ist die für das Rechnungsjahr 1917 fällige Fahrradabgabe bei der Polizeikasse, Mengstraße 4, zu entrichten. Die Polizeikasse ist werktäglich von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr geöffnet. Die Abgabe beträgt 3 Mk. Für Fahrräder, die sich im Besitz oder in der Benutzung von gewerblichen Arbeitern befinden, kann unter gewissen Voraussetzungen (siehe § 5 des Gesetzes) eine Ermäßigung eintreten. Anträge hierauf sind unter Vorlegung des Einkommensteuerzettels bei der Polizeikasse zu stellen.

Hamburg. Beim Rollschuhlaufen tödlich verunglückt. Auf dem Altenwall vergnügten sich gestern nachmittag mehrere Knaben mit Rollschuhlaufen. Einer von ihnen, etwa 10 Jahre alt, lief gegen einen mit schweren Kisten beladenen Wagen, geriet unter die Räder und wurde überfahren. Passanten trugen ihn in den nächsten Hausflur. Als man das Kind niederlegte, war es bereits tot.

Bremen. Ein Mörder, der sich freiwillig stellt. Der bremischen Polizei stellte sich ein Arbeiter aus Norden unter der Selbstbeschuldigung, in der Nähe der Kolonie Rickling bei Oldesloe seine Stiefmutter, die er seit Jahrzehnten nicht gesehen haben will und der er gram war, erwürgt zu haben. Die Erdrosselte will er nach der Tat in einem Walde dicht beim Tatorte begraben haben. Die Angaben des Arbeiters, der zugibt, kürzlich im Altonaer Krankenhause wegen starker Nervenzerrüttung verpflegt worden zu sein und der zur Selbstanzeige gekommen sein will, weil er sich Gewissensbisse machte, werden nachgeprüft.

Theater und Musik.

Im **Stadttheater** wurde gestern abend die Tragödie „Liebe" von Wildgans erstmalig vor stark besuchtem Hause wiederholt. Frl. Hilde Coste vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin, die bereits am Abend vorher als Klärchen in „Egmont" einen schönen Erfolg davongetragen hatte, spielte die Anna. Sie vereinigte im Wesen dieser jungen Frau zarte Weiblichkeit mit frischem Lebenswillen. Den wechselnden Gefühlsregungen gab sie echten, bezwingenden Ausdruck. So bot sie eine von Intelligenz und künstlerischem Ernst getragene Leistung. pl.

Neueste Nachrichten.

Petersburg, 27. März. Die Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, Nikolaus Michaelowitsch, Alexander Michaelowitsch, Boris Wladimirowitsch, Sergius Michaelowitsch, Georg Michaelowitsch, Georg Michaelowitsch, Demetrius Konstantinowitsch, die Prinzen Gabriel Konstantinowitsch und Igor Konstantinowitsch und der Herzog Alexander von Oldenburg sandten der provisorischen Regierung ein Telegramm, in dem sie sich vollständig der Anschauung anschlossen, die in der von Großfürst Michael Alexandrowitsch unterzeichneten Abdankungsurkunde dargelegt ist. Gleichzeitig sprechen sie den festen Entschluß aus, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Betreffend die Apanage-Güter der Großfürsten und Prinzen drückten sie die Ansicht aus, daß diese in Übereinstimmung mit der obengenannten Urkunde jetzt Staatseigentum seien.

Diplomatie — die Herren warten ihre Zeit ab, hoffentlich vergebens.

Briefkasten.

Nach Moisling. Komme Sonnabend. St.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Milch.

Auf Grund des § 6 der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 verordnet das Polizeiamt:

Die Molkereien und Milchhändler haben am 1. Werktage einer jeden Woche unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in einem Wochenbericht zu melden:

1. Die Menge der angelieferten oder in eigenen Betrieben gewonnenen Milch,
2. die Menge der verarbeiteten Milch,
3. die Menge der verkauften Voll- und Magermilch,
4. aus welchen Gebieten die Milch bezogen ist.

Die vorgeschriebenen Vordrucke können in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, I. Zimmer 6, in Empfang genommen werden.

Wer die Meldung unterläßt oder wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird auf Grund des § 14 der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die Anordnung tritt mit dem 2. April 1917 in Kraft. Demnach ist am 10. April der erste Wochenbericht fällig. Die bisher von den Milchverkäufern zu liefernden täglichen Meldungen sind am 1. April zum letzten Male zu erstatten.

Die Bekanntmachung betreffend den Verkehr mit Milch vom 17. November 1916 wird aufgehoben.

Lübeck, den 26. März 1917. (8159

Das Polizeiamt.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 24. März starb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter (8168
Marthinius Nilsen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 29. März nachmittags 2¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
8168 **Die Ortsverwaltung.**

Verein selbständiger Schuhmacher Lübeck.
Nachruf.
Am Montag starb unser Mitglied (8169
Langhans.
Die Beerdigung findet am Sonnabend 1¾ Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Kronsforde-Schwartau
Nachruf.
Am Sonntag, 25. März, starb unser Mitglied, der Kollege
Christian Kibbel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
8171 **Die Distriktsleitung.**

Sozialdemokrat. Verein Lübeck
Am Sonntag verstarb unser Genosse
Heinrich Hahn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag 2¾ Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder versammeln sich bis 1¾ Uhr im „Weißen Hirsch".
8172) **Der Vorstand.**

Zum 1. Juli v. alt. Leuten e. kl. **Wohnung**, Part. od. 1. Et., Nähe Warendorpstr. od. Umgeg. Ang. u. **J P 29** an d. Exp. (8167

Jg. Ehepaar sucht z. 1. Juli ev. **2-Zimmer-Wohnung** mit Gas. Holstentor bevorz. Ang. unt. **B S 49** an die Exp. (817

Große Bohnen
zu kaufen gesucht. Ang. m. Pr. unt. **S L 15** an die Exp. (816

Glasscheiben
aller Art off.
C. Landwig, Glashandlg., Beckergrube 35, Fernr. 2806 (8161

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Schmucksach.
Willi Westfehling
22 Holstenstrasse 22

2-Zimmer-Wohnung (schöne große Zimmer) Wahmstr. 35, I sofort oder später. 300 Mk. (8166 Näh. Wahmstr. 38, pt.

Bauarbeiter
werden angenommen am Burgtor Straße (8157
A. Fasel, Baugeschäft.

Fliegender Holländer ges.
Ang. u. **M L 21** an d. Exp. (8165

Die Unterzeichneten werden vom 1. April 1917 ab ihre Geschäftsräume 8158
an den Sonnabenden wie bisher um 3 Uhr,
an den übrigen Wochentagen jedoch um 6 Uhr nachmittags
schließen.
Dr. Benda & Dr. Vermehren, Hermann Brehmer & Dr. Paul Brehmer, Bienert & Dr. Fock, Fehling & Dr. Cuwie, Focke, Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen, Hach, Hässler, Dr. Hoffmann, Jacobsohn & Dr. Martin Meyer, Dres. Kähler, Schön, Uter, Dr. Koch, Dr. Mandorpf, Mollwo, Dr. Priess, Dres. Schröder & Landau, Steinbömer, Dr. Weber, Weyrowitz, Dr. Wittern, Schorer, Munck.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Achtung Seeretz!
Unseren Mitgliedern von Seeretz zur Nachricht, dass jetzt auch für dort Kundenlisten vorgeschrieben sind und bitten wir, sich recht bald einzutragen.
8173 **Der Vorstand.**

Ein sehr gut legendes
Iltis-Frettchen zu verk.
8164) Feldstr. 31.

Verl. a. 23. morg. 8 U. Portem. Inh. 43.44 Mk., Damt. v. Schneid. u. Perot. in d. Ernitz od. Ammstr. Abz. geg. gute Bel. Krummstr. 11b.

Geschäfts-Uebernahme.
Einem verehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hiermit zur Anzeige, daß ich das Geschäft von Herrn **Stahl, Waisenhofstr. 35,** zum 1. April käuflich erworben habe und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. (8174
Hochachtungsvoll
G. Seeler,
Lübeck, Waisenhofstr. 35.

Leder-
kernecken, bester und billigster Sohlensparer bei (8156
C. Grimm Nchf.
Schlumacherstr. 6.
Von 8—1 und 4—6 Uhr.

Hansa-Theater. 8160
Mittwoch, den 28. März abends 7½ Uhr:
Der fidele Bauer.
Donnerstag, den 29. März
Der fidele Bauer.

Stadttheater. 8161
Mittwoch, den 28. März 1917
Anfang 7½ Uhr:
Die Csárdásfürstin
Donnerstag, den 29. März 1917
Anfang 7 Uhr.
Einmaliges Gastspiel von **Barbara Miekley-Kemp** v. d. Kgl. Hofoper Berlin als
Aïda.
Oper von G. Verdi.
Freitag, den 30. März 1917
Anfang 7½ Uhr:
Wie es euch gefällt
Lustspiel von W. Shakespeare. Musik von H. H. Wetzler.

Nr. 74
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 28. März 1917

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 27. März.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 30 Min.

In der Fortsetzung der **Beratung über den Voranschlag für 1917** folgt die Abstimmung über den Senatsantrag betr. **Kriegszuschlag auf die Preise für Gas und Elektrizität und Abänderung der Artikel 63 bis 66 des Haushaltungsplans für das Rechnungsjahr 1917.**

Hierzu liegt ein Antrag Hoff auf Kommissionsberatung vor. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Henze beantragt den erhöhten Preis für Münzgasmesser statt auf 3 nur auf 2 Pfg. pro Kubikmeter zu bemessen. Wie schon gestern angeführt, würden die Abnehmer, die ihr Gas durch Münzgasmesser beziehen, benachteiligt werden, wenn der Senatsantrag Annahme fände. Dabei handle es sich gerade um diejenigen Kreise, die das Geld am notwendigsten brauchen, und diesen Kreisen sollte man etwas entgegenkommen. Der Ausfall sei nicht sehr erheblich und man mache es weiten Kreisen der Bevölkerung etwas leichter.

Direktor Hase betont, es sei immer so gewesen, daß die Inhaber von Münzgasmessern einen etwas höheren Preis für Gas bezahlt hätten, weil sie keine Messermiete zu entrichten brauchten.

Henze: Bisher war das Münzgasmessergas um einen Pfennig teurer und die Bezieher waren genötigt, 300 Kubikmeter im Jahre zu beziehen, andernfalls mußten sie die Differenz bezahlen. Wenn nun heute durch den Senatsantrag das Gas bei den gewöhnlichen Gasmessern um 20 Proz. verteuert wird, so macht das 2,6 Pfg. pro Kubikmeter, während man den Minderbemittelten 3 Pfg. mehr abnehmen will, was doch gewiß diesen gegenüber ein Unrecht darstellt.

Senator Dr. Lienau berechnet den Ausfall durch Annahme des Antrags Henze auf 19 000 Mark. Uebrigens mache die größere Erhöhung nicht vier Zehntel, sondern zwei Zehntel aus.

Der Antrag von Henze, den Preis für 1 Kubikmeter Gas aus den Münzgasmessern nur um 2 Pfg. zu erhöhen, wird angenommen.

G. Ehlers regt wiederholt an, bei nur ganz geringem Stromverbrauch keine oder eine ermäßigte Miete für die Elektrizitätszähler zu fordern. Mit der Zeit müsse sich der Zähler doch bezahlt machen, so daß die Miete in Wegfall kommen könne. Bei dem heutigen Verfahren seien Fälle zu verzeichnen, wo der Stromverbrauch sich vierteljährlich auf eine Mark belaufe, während für Zählermiete 2 Mark entrichtet werden müßten.

Direktor Hase erklärt, bei kleinem Stromverbrauch seien die Lasten für das Werk relativ größer als bei großem.

Glasau fragt, ob es richtig sei, daß der Abnehmer des Gaskoks vom Gaswerk nur 90 Pfg. pro Hektoliter bezahle. Das wäre bei den heutigen Kokspreisen etwas gering bezahlt. Es heiße zwar, der Gewinn werde von Abnehmer und Gaswerk geteilt. Er frage, ob dies zutreffend sei.

Direktor Hase bestätigt dies und bemerkt, die Kokspreise hängen von der Marktlage ab.

Löwigt stellt die Anfrage, ob schon jetzt Beratungen darüber stattfänden, wie in Zukunft die Koksversorgung geregelt werden soll. Im Laufe dieses Winters sei sie nicht so ausgefallen, wie man es gewünscht habe. Es frage sich, ob im nächsten Herbst soviel Koks vorhanden sei, daß alle versorgt werden könnten. Eine solche Vorsorge müsse aber getroffen werden. Wie Redner gesagt wurde, bemühen sich heute bereits verschiedene wohlhabende Einwohner unserer Stadt, ihre Keller mit Kohlen und Koks zu füllen. Die Preise würden im Sommer wieder steigen und nur ein Teil, der über das nötige Geld verfügt, könne sich eindecken. Diejenigen, die nur über kleinere Einnahmen verfügen, werden in den Hintergrund gedrängt. Jedenfalls müsse der Senat seine Aufmerksamkeit rechtzeitig auf diese Frage lenken, damit die gesamte Bevölkerung mit Brennstoff versorgt werden könne.

Aug. Pape fragt, ob nicht auch in der alten Gasanstalt Koks verkauft werden könnte. Das wäre für die Bevölkerung eine Erleichterung.

Senator Dr. Lienau: Bei dem Koksverkauf an der Geniner Straße handelte es sich um Koks von auswärts, der von der Kriegshilfe angekauft worden ist und wohlfeil abgegeben werden konnte.

Thiele wundert sich über die Koksannonce des Polizeiamts, da doch nirgends Koks zu bekommen war.

Senator Dr. Neumann betont, bei Diestel in der Geniner Straße sei Koks genügend vorhanden gewesen, vielleicht bei einzelnen Händlern weniger.

Thiele: Das Inserat sagte, daß bei allen Kohlenhändlern Koks vorhanden sei. Das war nicht der Fall.

Kahns glaubt nicht, daß wir im nächsten Winter mit denselben Schwierigkeiten zu rechnen hätten. Die Kohlenhändler würden Vorsorge treffen.

Henk wünscht mehr elektrische Energie aufs Land geleitet; man sollte endlich einmal ernst machen.

Direktor Hase betont, die Frage werde ernstlich bearbeitet, damit bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse mit der Arbeit begonnen werden könne.

Baade (Schlutup) erkundigt sich nach den Störungen in der Stromleitung.

Direktor Hase verweist darauf, daß der Strom von der Ueberlandzentrale entnommen werde, wo vielleicht Reparaturen vorgenommen wurden.

Rehder spricht über die Wasserfrage der Wakenitz. Durch nicht rechtzeitige Oeffnung der Düker würden Schäden entstehen. Vielleicht rühre dies daher, weil der aufsichtführende Herr mit der Sache nicht genügend vertraut sei. Man müsse hier Abhilfe schaffen.

Direktor Hase erklärt den Aufsichtswechsel von der Baubehörde an die Betriebsbehörde durch die Trinkwasserfrage bedingt. Man könne nicht anders verfahren wie bisher. Außerordentliche Witterungsverhältnisse brächten die Stauunterschiede mit sich.

Henk kommt wiederholt auf die Notwendigkeit, eine Rädterhorstbrücke herzustellen, zu sprechen und stellt einen Antrag hierzu.

Senator Dr. Neumann wünscht, Herr Henk möge auf die Utechter etwas einwirken.

Henk ist der Ueberzeugung, daß bei dickköpfigen Bauern nichts auszurichten sei. Die Utechter müßten aus dem Spiele bleiben Redner zieht schließlich seinen Antrag zurück.

Grünau kommt auf den geplanten Ausbau der Straßenbahn nach Travemünde zu sprechen. Seit dem Kriege seien die Verkehrsverhältnisse mit Travemünde denkbar traurig, die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft sei schwer zu Aenderungen zu bringen. Wie die Verhältnisse im Sommer werden sollen, sei gar nicht auszudenken, wenn die schlechte Verbindung anhalte. Dadurch habe auch der Staat gewaltige Verluste zu gewärtigen. Die Eisenbahngesellschaft beabsichtige sogar, den Strandbahnhof zu schließen. Das würde ein solch kolossaler Ausfall für den Staat geben, daß man sich wundern werde, wenn man die Abrechnung zu Gesicht bekomme. Der Senat müsse seinen ganzen Einfluß auf die Eisenbahngesellschaft ausüben. Man sollte den baldigen Ausbau der Straßenbahn in Erwägung ziehen.

Senator Dr. Eschenburg betont, es habe an Einwirkungen auf die Bahn nicht gefehlt. Diese könne aber nicht so handeln, wie sie wolle. Mannschaftsmangel und Material begrenzten ihre Absichten.

Henze verweist auf die gestern verhandelten Anträge von Dr. Langenheim gegen die Besteuerung kleiner Fahrten und von Schulmerich über die Unterstützung der Kleinwohnungsbewegung. Er bezieht sich ferner auf die Drucksache über das Ersuchen, ob nicht für die Kriegsverletzten die Straßenbahnbenutzung verbilligt werden könnte. Der von dieser Ausnahme erfaßte Kreis sei nicht sehr groß. In zwei Anträgen wurde dem Verlangen nach einer Erweiterung Ausdruck gegeben und von meinem Freunde Stelling hervorgehoben, der Kleinwohnungsbau könne nicht besser unterstützt und gefördert werden, als wenn den arbeitenden Schichten Gelegenheit gegeben wird, außerhalb der Peripherie zu wohnen. Eigenartig wird die verschiedene Zuteilung der Arbeiterwochenkarten empfunden. Einmal werden die ausgeschlossen, die keinen Steuerausweis haben und dann kommen nur die reinen Handarbeiter in Frage. Allen anderen werden Arbeiterwochenkarten verweigert. Ich möchte deshalb den Senat ersuchen, den Kreis für alle diejenigen zu erweitern, die bis zu 1500 Mark Einkommen haben. Denn nötig haben diese Vergünstigung alle. Das würde dann auch ein Schritt in der Richtung bilden, der gestern in der Bürgerschaft Ausdruck gegeben wurde.

Aug. Pape regt den Güterverkehr auf den Straßenbahnen an, der auch vom Kriegsamt empfohlen worden sei. Bei den heutigen Verhältnissen würde es insbesondere für die Industriellen in der Moislinger Allee von Nutzen sein.

Scheither bemängelt die begrenzte Ausgabe der Arbeiterwochenkarten. Diese müßten an jedem Tage ausgegeben werden. Der Staat erleide dadurch keinen Schaden.

Thiele wünscht Ausnahmevergünstigung auch bei den Invaliden.

Haenle wünscht, daß Leute, die ein Schwein geschlachtet haben, ebenfalls Zusatzkarten erhalten, die nächstens ausgegeben werden sollen. Auf eine private Anfrage habe er eine ablehnende Antwort erhalten.

Albers fragt, warum die Ladenmieten im Städtischen Kursaal in Travemünde immer mit der gleichen Summe eingesetzt werden. Trotz der einschränkenden Bestimmungen über Beleuchtung usw. würden noch 4000 Mk. dafür eingesetzt.

Grünau meint, man könne die Kosten jetzt noch nicht genau übersehen.

Niemann (Schlutup) wünscht die Stege der Badeanstalten im Winter freigeeist.

Buchwald regt die Frage an, ob die Brandassekuranzkasse nicht verstaatlicht werden könne. Für die meisten wäre es ein Vorteil, nicht minder für den Staat selbst.

Senator Dr. Eschenburg: Die Brandassekuranzfrage wird gegenwärtig im Senate geprüft.

Damit ist die Beratung beendigt. Mit den Abänderungen beträgt das Defizit, das aus der Ausgleichskasse entnommen werden muß 370 681,57 Mk.

Das Budget wird hierauf genehmigt.

Debattelos angenommen werden auch diese Anträge:

Gewährung einer Rente an die Witwe des Wagenschlossers der Lübecker Straßenbahn Friedrich Poetzsch.

Nachbewilligung von 6000 Mk. auf die Kosten der Ausstattung des Kulenkampkais mit Kränen.

Abänderung der Artikel 51 und 69 der Verfassung. — Zweite Lesung.

Rückäußerung und Antrag betr. die Revision der Stempelordnung.

Schluß gegen 8 Uhr.

Deutscher Reichstag.

93. Sitzung.

Dienstag, 27. März, nachmittags 1¼ Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Roedern.

Zunächst werden **kurze Anfragen** behandelt.

Dr. v. Calker (NL.) fragt, ob der Reichskanzler auf die Heeres- und Marineverwaltung einwirken wird, daß sie den Vorständen der Landesversicherungsanstalten Auskunft über geschlechtskrank gewesene, früher versicherungsberechtigte Heeresangehörige auch ohne deren besondere Befragung geben, und ferner, ob der Reichskanzler das Recht anerkennt, an die Träger der Sozialversicherung und an die von den Landesversicherungsanstalten eingerichteten Beratungsstellen Auskunft geben zu dürfen.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres: Die Entscheidung über die erste Frage ist ausschließlich von der Heeresverwaltung abhängig. Auch ohne besondere Einwirkung des Reichskanzlers werden die Heeres- und Marineverwaltungen ermessen können, ob im einzelnen Falle eine Meldung angebracht ist. Mitteilungen von Kassenärzten an die Träger der Sozialversicherung und die Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalten können nicht als unbefugt erachtet werden, wenn die Beratungsstellen organisch an die Landesversicherungsanstalten angegliedert sind und die Mitteilungen auf das Notwendigste beschränkt werden.

Es folgt die **zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Zuschlag zur Kriegssteuer.**

Dr. David (SD.): Die Mehrheit des Ausschusses hat sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Regierungsvorlage beschränkt und jede Verschärfung abgelehnt. Sie will das Defizit vielmehr durch Steuern auf Kohle und Verkehr decken. Wir bedauern das und werden auch jetzt noch versuchen, Sie von diesem verhängnisvollen Wege abzubringen. Wir bringen deshalb den Antrag ein, den Zuschlag zur Kriegssteuer über die 20prozentige Vorlage hinaus auf 33⅓ Prozent zu erhöhen. Wollen Sie das nicht, so schlagen wir eine allgemeine Vermögenssteuer vor, die mit ¼ Prozent eine halbe Milliarde Ertrag bringen würde. Im Prinzip haben sich für eine Vermögenssteuer auch die Volkspartei, die Nationalliberalen und sogar Herr v. Gamp ausgesprochen. Aber freilich nur im Prinzip, in der Praxis sind sie dagegen. Vermögen, die keine oder nur geringe Einbuße erlitten, könnte man noch viel schärfer besteuern. Für die Interessen und Sorgen dieser reichen Leute hat man ein reges Gefühl, nicht aber die Fähigkeit, sich einzufühlen in die Sorgen und harten Nöte der Besitzlosen, die in dieser Zeit nicht wissen, wie sie überhaupt durchkommen sollen. Dann hatten wir angeregt, die Erbschaftssteuer zu verschärfen. Aber auch das hat man abgelehnt. Sobald die Erbschaftssteuer kommt, dreht sich bei gewissen Leuten das Innerste um. Walter Rathenau stellt in seinem Buche „Von kommenden Dingen" den Grundsatz auf: „Ein arbeitsfähiger Mensch hat kein Anrecht darauf, sich von der Gesellschaft als Drohne erhalten zu lassen. Individuen, die durch Erbschaft Reichtum erlangen und ohne Arbeit leben, sind nichts anderes als Schmarotzer, die Verachtung verdienen. Eine neue Zeit muß eine neue moralische Achtung bringen.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

128. Fortsetzung.

„O, nein; Ihr entflieht nicht. Ein Bauer läuft fort, ein Sektierer, der Lakai eines fremden Gedankens — dem braucht man nur die Fingerspitze zu zeigen und er glaubt auf sein Leben hin, was Ihr von ihm wollt. Ihr glaubt freilich Euerer Theorie jetzt nicht mehr — doch zu welchem Ende solltet Ihr fliehen wollen? Und was suchtet Ihr in der Flucht? Die Flucht ist häßlich und beschwerlich, und Ihr seid vor allem an ein geordnetes Leben gewöhnt; an eine entsprechende Atmosphäre; nun dort werdet Ihr sie erhalten. Solltet Ihr entfliehen, so werdet Ihr von selbst zurückkehren. Ohne mich werdet Ihr nicht mehr leben können! Setze ich Euch aber hinter Schloß und Riegel, nun so sitzt Ihr einen, auch zwei oder drei Monate, und plötzlich wird Euch mein Wort einfallen, daß Ihr selbst gestehen werdet und zwar Euch selbst ganz unverhofft! Ihr selbst könnt es auf die Stunde noch nicht bestimmen, wenn Ihr mit dem Geständnis kommt. Ich bin auch überzeugt, daß Ihr „Euer Kreuz werdet auf Euch nehmen wollen"; Ihr glaubt es mir jetzt nicht aufs Wort, Ihr werdet aber selbst darauf bestehen. Es ist etwas Erhabenes um das Leiden, Rodion Romanowitsch; schaut nicht darauf, daß ich wohlbeleibt geworden bin, das ist nicht nötig, das weiß ich schon, lacht nicht darüber, im Leiden liegt ein Gedanke. Mikolay hat ganz recht! Nein, entflieht nur nicht, Rodion Romanowitsch!"

Raskolnikow stand auf und ergriff seine Mütze. Porphyrius Petrowitsch erhob sich ebenfalls.

„Geht Ihr ein wenig spazieren? Der Abend wird gewiß recht schön werden; leider will aber kein Gewitter kommen. Uebrigens ist es besser so, denn wenn es frischer würde" —

Er ergriff gleichfalls seine Kopfbedeckung.

„Ihr habt Euch doch nicht in den Kopf gesetzt, ich hätte Euch ein Geständnis abgelegt heute, Porphyrius Petrowitsch," begann Raskolnikow mit trockener Hartnäckigkeit. „Ihr seid ein Sonderling und ich habe Euch rein aus Neugier zugehört. Ich habe Euch nicht das Geringste eingeräumt. Merkt Euch dies wohl!"

„Nun, nun, weiß wohl, merke mir es auch — da zittert er schon wieder. Habt keine Angst, mein Lieber; Euer Wille soll geschehen. Geht noch ein wenig an die Luft; doch tut es nicht allzu viel. Jedenfalls habe ich an Euch noch eine kleine Bitte," fügte er hinzu, indem er seine Stimme senkte, „sie ist etwas heikler Natur, aber sehr wichtig: Solltet Ihr vielleicht — übrigens glaube ich das nicht und halte Euch dessen für unfähig — solltet Ihr vielleicht in diesen nächsten zweimal vierundzwanzig Stunden von der Versuchung angewandelt werden, die ganze Angelegenheit auf andere Weise zum Abschluß zu bringen, in irgend welcher phantastischen Weise, etwa so, daß Ihr gar Hand an Euch selbst legtet — eine ganz unbeholfene Annahme von mir, die Ihr verzeihen müßt — so — hinterlaßt mir eine kurze, aber genaue Niederschrift. Nur so zwei Zeilchen, zwei nur, und tut in ihnen auch des Steins Erwähnung; das wird wenigstens edel sein. Nun, auf Wiedersehen. Gute Gedanken, guten Anfang!"

Porphyrius ging, etwas gebeugt, als vermiede er es, dem Blick Raskolnikows zu begegnen. Der letztere trat ans Fenster und wartete mit brennender Ungeduld auf die Zeit, bis jener nach seiner Berechnung auf der Straße angelangt und ein Stück fortgegangen sein konnte. Hierauf verließ er selbst eilig seine Dachkammer.

3.

Er begab sich hastig zu Swidrigailow. Was er von diesen Menschen zu erwarten hatte, wußte er selbst noch nicht; es verbarg sich in diesem eine gewisse geheimnisvolle Macht über ihn. Nachdem er das einmal empfunden gehabt, ließ es ihm keine Ruhe mehr und jetzt war die Zeit gekommen.

Unterwegs quälte ihn besonders eine Frage: War Swidrigailow bei Porphyrius gewesen? Soviel er selbst beurteilen und sich versichern konnte — nein, war er nicht da gewesen! Er sann hin und wieder, rief sich den ganzen Besuch des Porphyrius wieder ins Gedächtnis und kam zu dem Schlusse: Nein, er war nicht, sicherlich nicht dagewesen!"

Aber wenn es noch nicht der Fall war, konnte er dann nicht noch zu Porphyrius kommen?

Bis jetzt schien es ihm nicht, daß er hingehen werde. Weshalb? Er vermochte sich darüber nicht Rechenschaft zu geben, hätte er es auch gekonnt, so wäre er jetzt nicht willens gewesen, sich deshalb den Kopf zu zerbrechen. Alles dies folterte ihn und zu gleicher Zeit ließ es ihn gewissermaßen doch gleichgültig. Es war seltsam und niemand würde ihm geglaubt haben, aber an seine jetzt bevorstehende Verurteilung dachte er nur wenig und zerstreut. Es quälte ihn etwas anderes, bei weitem Gewichtigeres ganz außerordentlich — dies stand auch damit in Verbindung, nicht mit etwas anderem, aber es war dennoch etwas Anderes, Hervorragenderes. Dabei empfand er eine grenzenlose, moralische Erschlaffung, obwohl seine Urteilskraft am heutigen Morgen besser gearbeitet hatte, als in den vergangenen Tagen.

Jetzt kam es darauf an, nach allem wie es sich verhielt, diese neuen Miserien niederzukämpfen! Es galt, sich zum Beispiel mit der Intrigue zu befassen, damit Swidrigailow nicht zu Porphyrius Petrowitsch ging; es galt zu beobachten, zu forschen, die Zeit für diesen Swidrigailow aufzuopfern!

O, wie ihn all das aufriebt!

Er eilte weiter zu Swidrigailow; hatte er von diesem nicht vielleicht etwas Neues, einen Fingerzeig, einen Ausweg zu erhoffen? Man klammert sich auch an den Strohhalm! Führt beides nicht möglicherweise das Urteil, der Instinkt zusammen? Doch das sprach nur die Ermattung in ihm, die Verzweiflung. Er brauchte wohl gar nicht Swidrigailow, sondern einen anderen, jener war ihm nur in den Weg getreten! Etwa Sonja? Weshalb ging er jetzt zu ihr? Ihr wiederum Tränen zu entlocken? Sonja war ihm furchtbar. Sie erschien ihm als ein nicht zu beschwörender Befehl, als ein Urteil ohne Wandlung. Er hatte nur ihren Weg, oder den seinen, und gerade im jetzigen Moment hätte er sich nicht fähig gefühlt, mit ihr zu sprechen. War es nicht besser, Swidrigailow auszukundschaften, wie es mit diesem stand? Freilich konnte er nicht umhin, sich selbst einzugestehen, daß jener ihm bereits seit langem notwendig gewesen war.

Nun, aber was gab es zwischen ihnen denn Gemeinsames? Nicht einmal die Schlechtigkeit konnte doch bei ihnen dieselbe sein. Jener Mann war noch dazu sehr unangenehm, ein notorischer Wollüstling, jedenfalls auch verschlagen und hinterlistig; gewiß also auch sehr schlecht. Man erzählte von ihm so Manches. Allerdings hatte er die Kinder Katharina Iwanownas in seine Obhut genommen, aber wer weiß weshalb, und was das zu bedeuten hatte? Dieser Mensch hegte ewig Pläne und Projekte.

Ein Gedanke hatte während dieser letzten Tage in Raskolnikow beständig gelebt und diesen furchtbar beängstigt, obwohl er sich bemüht hatte, denselben immer wieder von sich zu weisen, weil er zu lastend für ihn war. Er dachte: Swidrigailow hat sich in Ausflüchten ergangen und macht solche jetzt noch; Swidrigailow hat mein Geheimnis entdeckt, er hegte Absichten auf Dunja. Ob er sie jetzt noch hegt? Fast zweifellos, kann man sagen! Und wenn er jetzt, im Besitz meines Geheimnisses, solchergestalt Macht über mich gewonnen hat, so gelüstet es ihn, diese als Waffe gegen Dunja anzuwenden?

Dieser Gedanke hatte ihn schon mehrmals, selbst im Schlafe gefoltert, aber zum erstenmal jetzt erschien er vor ihm in solcher Klarheit, als er sich auf dem Wege zu Swidrigailow befand. Dieser eine Gedanke verbreitete um ihn ein düsteres Licht. Dann würde sich alles anders gestalten, auch in seiner eignen Lage; es folgte also daraus, daß sogleich Dunja das Geheimnis entdeckt werden mußte. Es folgte auch, daß er vielleicht sich selbst überliefern mußte, um Dunja von einem unbesonnenen Schritte zurückzuhalten. Und dann jener Brief? Dunja hatte am Morgen einen Brief empfangen! Von wem in ganz Petersburg hatte sie Briefe zu erhalten? Etwa von Luschin? Nun, da hütet schon Rasumichin, aber dieser weiß ja nichts Näheres. Man wird sich wohl auch Rasumichin offenbaren müssen; Raskolnikow überlegte dies alles voller Ekel.

(Fortsetzung folgt.)

wonach niemand Anspruch auf Achtung innerhalb der Gesellschaft hat, der nicht nach besten Kräften der Gesellschaft das wiedergibt, was er aus ihren Leistungen entnimmt.“ Diese höhere Gesellschaftsmoral fordert, daß man den Weg einer kräftigen Erbschaftssteuer beschreite. Schließlich haben wir vorgeschlagen, eine Reichseinkommensteuer. Die Einkommen sind von den Einzelstaaten und Gemeinden nicht so stark besteuert, daß das Reich nicht auch noch einen Teil in der gegenwärtigen Situation nehmen sollte. In England ist die Einkommensteuer außerordentlich gesteigert worden. Von 10 000 Mk. Einkommen wurden im Anfang des Krieges 260 Mk. Steuern bezahlt, jetzt 1020 Mk. Von 100 000 Mk. ist die Steuer von 5840 Mk. auf 30 040 Mk. gestiegen. Zwei Millionen Mark Einkommen zahlten zu Beginn des Krieges 249 160 Mark Steuern, jetzt 942 580 Mk., also beinahe eine Million. Prozentual werden von 10 000 Mk. 10 Proz., von 100 000 Mk. 30 Proz. von 2 Millionen Mark Einkommen 50 Proz. weggesteuert. Setzen die einzelstaatlichen Minister einer solchen Besteuerung einen zu starken Widerstand entgegen, so könnte man den Weg der Matrikularbeiträge beschreiten und so ihren Widerstand brechen. Was Sie beschließen wollen, ist in Wahrheit eine neue Einkommensteuer für die breiten Massen des Volkes. Ein Mann mit 900 Mk. Einkommen wird durch diese indirekte Belastung um 20 Proz. seines Einkommens vermindert; da hat man wahrlich kein Recht, die reichen Leute zu schonen. Die Aermsten der Armen müssen sich die Steuer am Munde absparen, während der Reiche niemals in die Lage kommt, seine Ernährung, seine vitalsten Lebensbedürfnisse infolge von Steuern verkürzen zu müssen. Man befürchtet weiter eine Schädigung des Wirtschaftslebens durch Hemmung der Kapitalsbildung. Diese Verteuerung der notwendigsten Betriebsmittel aber trägt viel empfindlicher zur Hemmung des Wirtschaftslebens; durch Schädigung der kleinen Existenzen und dadurch bei, daß sie Arbeiter zwingen, erneut Lohnforderungen zu stellen und so zu wirtschaftlichen Kämpfen führt. Das nennen Sie Mittelstandspolitik. Auf jeden Fall sollten Sie die Kriegsgewinnsteuer mindestens auf 33⅓ Prozent erhöhen. Damit würden Sie dem Reiche rund 300 Millionen mehr zuführen und so die Verkehrsbelastung überflüssig machen. Gewiß kommen noch die staatlichen und kommunalen Einkommens- und Vermögenssteuern hinzu. Aber wenn einer, der fünf Millionen Kriegsgewinne erzielt hat, auch wirklich 80 Prozent davon Steuern zahlen muß, so bleibt ihm immer noch eine ganze Million reine Vermögensvermehrung während des Krieges. Die Steuer trifft ja nur den Zuwachs an Vermögen. Die Leute behalten unverändert den großen Grundstock ihres Vermögens. Es ist also keine Rede davon, daß man ihnen ihr Vermögen nimmt. Der normale Gewinn, der nach Millionen und Abermillionen geht, wird gar nicht von der Kriegsgewinnsteuer betroffen. Wir schlagen vor: Dem freikonservativen Antrag eventuell den § 1 des Gesetzes hinzuzufügen. Das Reich braucht in seiner jetzigen Notlage den Reichtum der Besitzenden. Es ist eine Dienstpflicht des Kapitals, die Kriegsgewinne herzugeben.

v. Brockhausen (K.): Unsere Bedenken gegen die Steuervorlage sind durch die Kommissionsbeschlüsse nicht behoben. Die Anträge der Sozialdemokraten lehnen wir ab. Wir werden die Vorlage in der ihr von der Kommission gegebenen Fassung annehmen.

Dr. Blunck (FVp.): Auch wir stimmen der Vorlage in der Fassung der Kommission zu. Sie soll 450 Millionen zu den 1200 Millionen, die nötig sind, beitragen. Der Besitz wird also kräftig mit herangezogen.

Dr. Pfleger (Z.): Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu. Der gesunde Erwerbssinn darf nicht allzusehr erstickt werden. Für die Aufstellung der Frage der Erbschaftssteuer ist gerade die Kriegszeit die allerungeeignetste.

Dr. Stresemann (NL.): Die Steuer trifft auch ganz kleine Vermögensvermehrungen, ja, sogar die Erhaltung des Vermögens. Eine Härte der Kriegsgewinnsteuer liegt darin, daß es sich vielfach nur um fiktive Gewinne handelt.

Mertin (DF.): Das Gesetz besteuert jede Ersparnisse als Kriegsgewinn. Unser Antrag will den wirklichen Kriegsgewinn treffen.

Henke (SAG.): Die Grenze der erträglichen Besteuerung des Besitzes ist noch lange nicht erreicht. Wird doch hier nur der Vermögenszuwachs, der Kriegsgewinn, besteuert. Wie im Vorjahre soll diese geringe Kriegsgewinnsteuer den Auftakt bilden für neue indirekte Steuern, für neue ungeheure Belastungen der ärmeren Klassen. Aber da es sich dabei auch um eine Verschärfung der schon bestehenden Kriegssteuer handelt, werden wir für sie stimmen. Natürlich werden wir versuchen, sie noch weiter zu verschärfen. Nötig wäre die Aufstellung eines Plans zur Sanierung der Reichsfinanzen. Ohne indirekte Steuern geht es nicht, sagen selbst einige Sozialdemokraten. Daß wir einer solchen Steuerpolitik uns aufs energischste widersetzen werden, versteht sich von selbst.

Vizepräsident Dr. Paasche bittet, bei den einzelnen Steuern keine Generaldiskussion zu führen.

Henke (fortfahrend): Das Volk will den Krieg nicht und hat ihn nie gewollt. Die Hoffnung auf eine Kriegsentschädigung und die Ueberzeugung, daß es ohne indirekte Steuern nicht geht, sind die einzig sichtbaren Zeichen der künftigen Finanzsanierung. Solche Steuern, wie sie uns vorgelegt werden, müssen geradezu aufreizend wirken.

Die Beratung wird unterbrochen zur Abstimmung über die gestern beratene Resolution Ablaß (FVp.), die eine Denkschrift über die von der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens zu erwartenden Ersparnisse, sowie eine Fachkommission zur Beratung dieser Frage verlangt.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird zurückgezogen. Die Resolution wird gegen die Stimmen der Konservativen, des Zentrums, der Polen und eines Teils der Deutschen Fraktion angenommen.

Keil (Soz.): Die Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Verschärfung der Kriegssteuervorlage bedeutet gegenüber ihrer vorjährigen Ablehnung immerhin einen Fortschritt der Erkenntnis um 50 Prozent. Von einer Kriegsentschädigung jetzt in dem Augenblick zu sprechen, wo dem Volke neue große Steuern auferlegt werden, ist ein Widerspruch. Die vierhundert Millionen einmaliger [illegible] sind keine Kompensation für die achthundert Millionen dauernder Verbrauchssteuern. Bis zum Jahre 1915 werden die Verbrauchssteuern 4,6 Milliarden betragen, die Besitzsteuern, selbst wenn wir die Kriegssteuern für die zweite Periode sehr hoch einschätzen zu einer Milliarde, nur 2,4 bis 2,9 Milliarden. Die [illegible] Besteuerung des Kriegsgewinns, über die Herr Blunck sich entrüstete, kann im Einzelfalle nur eintreten bei einem in die Millionen gehenden Gewinn. Da stellen die übrigbleibenden 20 Prozent noch eine so ungeheure Summe dar, daß man mit ihr als Errungenschaft des Krieges recht zufrieden sein kann. Man soll in erster Linie das Geld der Armen schonen und nicht denen, die trotz aller Härten ihr Schäfchen recht gut ins Trockene gebracht haben.

Die Debatte schließt. Unter Ablehnung der vorliegenden Anträge wird § 1 und dann die übrigen Paragraphen des Gesetzes in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs.

Müller-Reichenbach (Soz.): Der § 1 dieses Gesetzes ist ein Verkehrshindernis, das durch die Vorlage nicht erreicht wird. Nur die Omnibusse sind ausgenommen und ferner die Hoch- und Straßenbahnen. Man hat gesagt, es solle dies die letzte Verkehrsbesteuerung sein. Es wird aber höchstens die letzte Besteuerung vor der nächsten Tariferhöhung sein. Der leitende Gesichtspunkt bei der Vorlage war: Die gesamten Verkehrseinnahmen betragen [illegible], der zehnte Teil davon ergibt 200–215 Millionen. An dieser Summe hat man wie an einem Dogma festgehalten. Die Besteuerung des Güterverkehrs halten wir für besonders verderblich im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege. Die [illegible] ist um so verderblicher, als die Produkte, die herangezogen werden, auch betroffen werden durch die Warenumsatzsteuer. [illegible] die Erhöhung des Personenverkehrs bemerkbar machen. Der Personenverkehr hat sich des Publikums durch Abwanderung in die niedrigeren Klassen einfach entzogen. Daher soll dies jetzt bestraft werden dadurch, daß man auch die vierte Klasse in die Steuer einbezieht. Aber die Abwanderung ist doch nicht erfolgt, um der Steuerbehörde ein Schnippchen zu schlagen, sondern weil die Betreffenden die Belastung der dritten Klasse nicht tragen konnten. Man sagt, wir leben jetzt im Kriege, da müssen Opfer gebracht werden. Aber man sollte dabei wenigstens die schonen, die am dringensten der Schonung bedürfen, und gerade die Verhältnisse derer, die die vierte Klasse benutzen, haben sich seit 1906 ungeheuer verschlechtert. Der Hinweis auf die gestiegenen Löhne der Arbeiter ist unangebracht. Auch soll die Hauptwirkung der Steuer ja erst nach dem Kriege eintreten, wo die erhöhten Löhne nicht mehr bestehen werden. Man weist auf die Ueberfüllung der Vorortszüge am Sonntag hin, um die Steuer zu rechtfertigen. Diese Ueberfüllung ist eine der erfreulichsten Erscheinungen in dem letzten Jahrzehnt, die beweist, daß die Befürchtung einer Degeneration der großstädtischen Bevölkerung unangebracht war. Dieses Streben nach der freien Natur sollte man fördern, statt dessen hat man sogar die Straßenbahnbillette besteuert. Nach dem Kriege wird das Wohnungsproblem noch eine ganz andere Bedeutung gewinnen. Wir haben allen Anlaß, die Gesundheit der Bevölkerung in jeder Weise zu fördern, die Gartenstadtbewegung und alle die Maßnahmen, die zur Besiedelung der Außenbezirke führen. Statt dessen wird alles das durch die Besteuerung des Verkehrs erschwert. Mit Recht sagt der bürgerliche Professor Fuchs-Tübingen, daß diese Steuer eine nicht wieder gut zu machende Schädigung der Volksgesundheit auf Generationen hinaus verursacht. Außerdem handelt es sich hier um eine Sonderbesteuerung der schon so schwer belasteten großstädtischen Bevölkerung. Nach alledem können wir die Verantwortung für eine Zustimmung zu dieser Vorlage vor der breiten Masse der Bevölkerung nicht übernehmen. Wir lehnen sie ab, weil sie eine Störung der Uebergangswirtschaft, eine unerträgliche Belastung der Minderbemittelten und eine schwere Schädigung der Volksgesundheit zur Folge haben muß. Mit dieser Ablehnung der Vorlage leisten wir unserem Vaterlande nicht den schlechtesten Dienst.

Liesching (FVp.): Es handelt sich darum, den Bedarf des Reiches zu decken, den auch die Sozialdemokraten bewilligt haben. Wir haben gewiß keine Freude an dieser Steuer, aber der Weltkrieg lehrt uns jetzt, Anschauungen zu vertreten, die wir früher bekämpft haben. Wir stimmen dieser Steuer nur mit schwerem Herzen zu, aber wir sehen keinen anderen Weg, den Bedarf des Reiches zu decken.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 6¾ Uhr.

Hauptausschuß des Reichstages.

Am Montag wurde die Aussprache über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen fortgesetzt. Abg. Waldstein (Fr. Vp.) fragte an, ob es richtig ist, daß bereits im Herbst 1914 das elsaß-lothringische Staatsministerium erklärt habe, daß das Vorgehen der Militärbehörden nicht den Zusicherungen entspreche, die der Reichskanzler und seine Vertreter abgegeben haben. Dies kennzeichne die Zustände in Elsaß-Lothringen. Unbedingt notwendig sei es, daß Recht und Gerechtigkeit auch hier wieder hergestellt werden. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 5. März 1917 könne der militärische Befehlshaber auf dem Kriegsschauplatz alles verfügen, was ihm zweckmäßig erscheine. Der Kriegsminister habe in seiner Anweisung am 23. Januar 1917 die Grenze richtig gezogen. Er frage nun, was geschehen solle, um den Erlaß des Kriegsministers in dieser Beziehung durchzuführen.

Kriegsminister v. Stein: Als Soldat könne er sich nur auf den praktischen Standpunkt stellen. Soweit Maßnahmen auf Grund des Kriegsrechts durchgeführt werden, geschehe dies, weil die Personen gefährlich werden könnten. Sollten die Militärbefehlshaber solange warten, bis eine Gefahr für die Gesamtheit eingetreten ist? Das sei unmöglich.

Abg. Landsberg (Soz.): Nicht neu sei die Art, wie in Elsaß-Lothringen verfahren werde; es sei leider die Art, durch die wir uns im Auslande die Sympathie so sehr verscherzt haben. Ebenso sei es nicht neu, wie sich die Regierungsvertreter wiederum verhalten. Sicherlich werden auch diese Herren über die Vorgänge empört sein. Weshalb sprechen sie das nicht aus und erklären offen und rückhaltlos, daß sie mit aller Schärfe dagegen auftreten werden? Statt dessen bemühen sich die Herren, die Vorgänge zu entschuldigen und zu bemänteln. Er stelle fest, daß der Kriegsminister noch immer nicht die wiederholt gestellte Frage beantwortet habe, was dagegen geschehen soll, daß die Elsaß-Lothringer zwar von dem Zwangsaufenthalt befreit werden, ihnen aber verboten wird, nach Elsaß-Lothringen zurückzukehren. Ist der Kriegsminister bereit, dafür zu sorgen, daß der Reichstagsabgeordnete Leveque endlich wieder in seine Heimat zurückkehren könne? Er halte es für ganz selbstverständlich, daß im Plenum diese Vorgänge besprochen werden müssen. Außerdem sei es unbedingt notwendig, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird. Es gebe eben im Militär Herren, die denken, die Kerls in Berlin sollen nur reden, was sie wollen, wir tun hier doch, was wir wollen. Sodann sei eine Ergänzung des Schutzhaftgesetzes notwendig, die rückhaltlos ausspricht, daß die Bestimmungen des Schutzhaftgesetzes auch im Operations- und Etappengebiet angewendet werden müssen. Die Rechtssicherheiten der Reichsverfassung müssen auch denjenigen Personen zugute kommen, die in Schutzhaft genommen werden sind. Den Kriegsminister ersuche er um Auskunft darüber, ob es wahr ist, daß unmittelbar nach dem Erlaß des Schutzhaftgesetzes das Kriegsministerium an die Gouverneure von Metz, Straßburg und Saarbrücken eine Anweisung hat ergehen lassen, die es bewirkte, daß sich die Gouverneure über die Bestimmungen des Gesetzes hinweggesetzt haben.

Kriegsminister v. Stein erklärt, daß das nicht geschehen ist. Im Falle des Abg. Leveque seien die Akten eingefordert worden. Der Fall werde geprüft werden und demgemäß die Entscheidung herauskommen.

Abg. Rieber (Natl.) bedauert ebenfalls einen grundsätzlichen Irrtum. Bei der Ausführung der Maßnahmen seien schwere Fehler vorgekommen. Unbegreiflich sei es, daß noch immer im Falle Leveque die Aufenthaltsbeschränkung aufrecht erhalten werde. Bei der Eröffnung der Universität Straßburg sei er als junger Mensch zugegen gewesen und habe in seiner Begeisterung geglaubt, daß Elsaß-Lothringen in ganz kurzer Zeit wieder deutsch fühlen und denken werde. Und wie sähe es jetzt dort aus, durch die Schuld der militärischen Behörden?

Staatssekretär Dr. Helfferich bittet noch einmal, von einer Erörterung der Angelegenheiten im Plenum Abstand zu nehmen. Seine persönliche Auffassung sei, daß das Reichsmilitärgericht sich schließlich, nachdem sich die Verhältnisse so weit entwickelt haben, auch auf den Boden des Erlasses des Kriegsministers stellen werde.

Abg. Spahn (Ztr.): Elsaß-Lothringen ist ein unglücklich regiertes Land. Preußen verstehe nicht das religiöse Empfinden der Bevölkerung richtig zu würdigen. Auch beim Militär kämen Fälle vor, in denen die religiöse Ueberzeugung nicht genügend geachtet werde. Für was ist eigentlich der Statthalter in Elsaß-Lothringen? Er hätte die furchtbaren Folgen der jetzigen Art der Militärdiktatur voraussehen müssen. Der Statthalter spiele die Rolle des Stummen. Daher müsse die Anregung vom Reichstag ausgehen, daß den Mißständen in Elsaß-Lothringen ein Ende gemacht werde.

Abg. Wendel (Soz.): Die elsaß-lothringische Bevölkerung war zum größten Teil von jeher deutsch. Wie kommt es, daß jetzt eine derartige Stimmung im Lande herrsche, wie sie von verschiedenen Seiten berichtet worden ist? Franzosen seien die Lothringer geworden durch die große französische Revolution, die ihnen die bürgerliche Freiheit gebracht hat. Preußen aber habe die Elsaß-Lothringer mit dem Korporalstock behandelt, mit Schutzmann und Unteroffizier. Diese Art, die Elsaß-Lothringer zu behandeln, sei die einzig wirksame, um Sympathien für die Franzosen heranzuziehen. Nicht nur die religiöse Ueberzeugung werde nicht genügend geachtet, sondern jedes menschliche Empfinden verletzt. Es fehle die Achtung vor der Menschenwürde. Dieses Verfahren sei nicht deutsch, sondern [illegible] im edelsten Sinne des Wortes. Demgegenüber sei die Haltung der Regierungsvertreter sehr schwach. Auch er müsse betonen, daß nach seiner Ansicht es ganz unvermeidlich sei, daß diese Vorgänge im Plenum des Reichstages besprochen werden. Wenn die gerügten Dinge von heute oder gestern wären, dann könnten die Vertröstungen des Staatssekretärs Helfferich einen Eindruck machen; es handle sich aber um Vorgänge, die seit zwei Jahren sich abspielen, und in dieser Zeit hatte der Reichstag immer wieder und wieder versucht, Wandel zu schaffen, aber ohne Erfolg. Der Reichstag müsse jetzt ein bedeutendes Wort sprechen, damit die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen sieht, daß es in Deutschland doch noch eine Stelle gibt, wo das unterdrückte Recht seinen Verteidiger findet. Nur so könne das Vertrauen der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen zu einer deutschen Einrichtung wieder erworben werden. Die Rücksicht auf das Ausland könne hier nicht maßgebend sein. Im Auslande seien die Dinge durchaus bekannt, und die französischen Chauvinisten benutzen gerade diese Vorgänge, um Stimmung für die französischen Eroberungspläne zu machen. Eine ganze Literatur über diese Angelegenheit sei bereits vorhanden. Wie die Vorgänge im Plenum besprochen werden, das hängt allerdings davon ab, was inzwischen in Elsaß-Lothringen gebessert worden ist, namentlich auch, ob endlich dafür gesorgt ist, daß auch die Elsaß-Lothringer, die ausgewiesen waren, wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

Abg. Hauß (Elsässer): Oberst Wriesberg habe erklärt, daß die Behandlung des Abg. Leveque milder geworden sei, daß namentlich der Abgeordnete L. sich nicht mehr in seinem Wohnort melden müsse. Gestern sei der Abgeordnete L. in seinem Wohnort gewesen, und da sei ihm eröffnet worden, daß er in Zukunft vor seiner Abreise nach Berlin sich von seinem Wohnort abmelden müsse, und wenn er in Berlin ankomme, bei der Polizei sich melden müsse und umgekehrt, wenn er von Berlin nach seinem Wohnort fahre, muß er sich in Berlin abmelden und in seinem Wohnort sich anmelden. (Zuruf von allen Seiten: Das sind die versprochenen Verbesserungen!) Diese Verschärfung sei fraglos die Folge davon, daß die Militärbehörden aus den Zeitungen Kenntnis von den Verhandlungen des Ausschusses bekommen haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage. Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März ds. Js. Stellung zur Frage der Kriegsernährung, sowie insbesondere zu den Aeußerungen des preußischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichskanzler und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. Es wurde folgende Resolution angenommen, die den leitenden Stellen der Volksernährung übermittelt werden soll: „Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preußischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preußischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspräche. Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.“

Aus Nah und Fern.

Tödliche Unfälle. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin stürzte ein 19jähriger Arbeiter unmittelbar vor einem einlaufenden Stadtbahnzug auf die Schienen; ihm wurde der Kopf abgetrennt und Arme und Beine zermalmt. Selbstmord liegt angeblich nicht vor. — Auf dem Bahnhof Bellevue in Berlin wurde eine Blockwärterin, als sie das Geleise überschreiten wollte, von einem D-Zug überfahren und getötet.

Betrügereien größeren Stils, die die Verhaftung eines städtischen Beamten zur Folge hatten, ist man in Charlottenburg auf die Spur gekommen. Beteiligt sind auch Angestellte von Kriegsgesellschaften, die ebenfalls festgenommen sind. An Einzelheiten wird über die Angelegenheit folgendes mitgeteilt: Dem Stadtsekretär Alexander Queller, der seit langen Jahren im Dienste Charlottenburgs steht und Mitglied der dortigen Mehlverteilungsstelle ist, war es unter mehrfacher Verletzung der Dienstvorschriften gelungen, sich mit Angestellten der Reichsgetreidestelle und der Kartoffeltrocknungsgesellschaft in Verbindung zu setzen. Mit diesen gemeinsam ist es ihm gelungen, 100 Doppelzentner Weizenmehl, die der Stadt Charlottenburg zugewiesen waren, an eine Berliner Großkonsumationsfirma zu verschieben, die dafür einen erheblich höheren Preis bezahlt hat. Die Schiebung ist indessen sofort entdeckt und die beteiligten Beamten sind verhaftet worden. Zurzeit schwebt die Untersuchung. Ein finanzieller Schaden ist der Stadt Charlottenburg nicht entstanden. Die 100 Doppelzentner Weizenmehl, die bei dem Abnehmer beschlagnahmt wurden, wurden der Stadt Charlottenburg wieder zugeführt.

Zwei Kinder verbrannt. Ein schweres Brandunglück ereignete sich in Spremberg. Die drei Kinder des Bäckers Meyer in der Bergstraße 2 hatten, während sich die Mutter auswärts befand, bei der Zubereitung ihres Essens einen Brand verursacht, bei dem zwei Kinder den Tod fanden. Ein sechs Jahre altes Kind erlitt schwere Brandwunden, konnte jedoch noch gerettet werden.

Gefährliche Fahrt auf einer Eisscholle. Von einem gelungenen Rettungswerk wird aus Glogau berichtet: An einem der ersten Tage spielten ein 12- und ein 9jähriger Knabe auf dem Eise der Oder. Infolge der milder gewordenen Witterung setzte sich das Eis plötzlich in Bewegung und die Knaben mußten auf einer größeren Eisscholle die unfreiwillige Fahrt die Oder abwärts antreten. Die beiden Knaben schienen verloren zu sein, denn es bestand die größte Wahrscheinlichkeit darin, daß die Eisscholle an den Pfeilern der Oderbrücke zerbersten würde. Der Brückenwärter warf schnell entschlossen mit seinem Personal den Knaben Stricke über das Brückengeländer zu. Trotz der Strömung gelang es den Knaben auch wirklich, die Stricke zu ergreifen, an denen sie unter dem Jubel der Zuschauer in die Höhe gezogen wurden.

Wieder ein Selbstmord wegen der Malzverschiebungen. In Nördlingen (Bayern) hat sich der in die Malzverschiebungen verwickelte Malzfabrikant Robert Heinrich erschossen. Das ist der zweite Selbstmord in dieser aufsehenerregenden Angelegenheit.

Neuer Kälterückfall in der Rhön. Aus Würzburg wird berichtet: Im Rhöngebirge ist bei zehn Grad Kälte starker Schneefall eingetreten.

Explosion infolge Erdgasausströmung. In der siebenbürgischen Stadt Torda führte eine Erdgasausströmung zu einer Explosion, wobei drei einstöckige Häuser [illegible]. Bisher gab es elf Tote, zehn schwer und mehrere leicht Verletzte.

Explosion einer englischen Munitionsfabrik. [illegible] meldet: Gestern früh ereignete sich in einer [illegible] Nordengland eine durch Zufall herbeigeführte [illegible]. [illegible] wurde kein erheblicher Schaden angerichtet. Eine Person wurde getötet und neun verletzt, davon drei schwer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.